

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren findet am

Mittwoch, 09.03.2022, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2022
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Vorbereitung eines "Runden Tisches" der Universitätsstadt Siegen zur Wohnungsmarktsituation
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ UWG/ Volt/ GfS/FDP/ Die Linke
4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Sozialen Leistungen der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht
5. Flüchtlinge und Asylbewerber in der Universitätsstadt Siegen
Zuweisung, Unterbringung, Betreuung, Beratung, Gesundheitsversorgung und Finanzierung
- Sachstandsbericht
6. Sachstandsbericht Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen
7. Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen
8. Neuwahl des Seniorenbeirates 2022;
Ablaufplan
9. Förderung der sonstigen sozialen Vereine und Verbände 2022
10. Förderung von Angeboten zur Verbesserung der Lebenssituation armutsgefährdeter und bedürftiger Menschen in Siegen
11. Freiwillige Förderung von Projekten im Sozial- und Jugendhilfebereich im Jahr 2022

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2022

2. VERSCHIEDENES

3. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 23.02.2022

Der Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung

zur 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren

am: **09.03.2022**
um: **17:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Nachtrag:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

2.1 Sachstand Geschäftsordnung Beirat für Menschen mit Behinderung - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Universitätsstadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 03.03.2022

Der Bürgermeister

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren

vom: **09.03.2022**
von: **17:00 Uhr**
bis: **19:03 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren:

Stv Schneider, Silke	als Vorsitzende
Stv Bleckmann, Lisa	
AM Börger, Thomas-Christian	vertritt Stv König, Svenja
AM Dehn, Sarah	
AM Dittrich, Karl-Heinz	vertritt Steuber, Hartmut
AM Fries, Karl-Adolf	vertritt Stv Molzberger, Adhemar
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Helm, Martin	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	- bis 18:55 Uhr w. TOP 7
Stv Köckritz, Anja Alexandra	
Stv Lorenz, Reiner	vertritt AM Greber, Gudrun
AM Oppermann, Paul	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	

Beratende Mitglieder:

IntRM Aydin, Veli
AM Dr. Czell, Maria
AM Graf, Dagmar
AM Scherzberg, Nicole
AM Spornhauer, Bernd
AM Upphoff, Heinz - Wilhelm

Als Zuhörer:

Stv Langer, Günther
Stv Rompf, Jürgen

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt
VA Weiskirch
VA Zöller
StAR Münker

Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Bauch, Dr. Wolfgang
AM Greber, Gudrun
Stv König, Svenja
Stv Molzberger, Adhemar
AM Rommel, Marcus
Stv Schmidt, Sabrina
AM Schuppert, Sören
Stv Steuber, Hartmut
AM Löwenberg, Horst
AM Vitt, Matthias

vertreten durch Stv Lorenz, Reiner
vertreten durch AM Börger, Thomas
vertreten durch AM Fries, Karl-Adolf

vertreten durch AM Dittrich, Karl-Heinz

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

7. AfSFS 09.03.2022

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

7. AfSFS 09.03.2022

**2.1 Sachstand Geschäftsordnung Beirat für Menschen mit Behinderung
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. AF 91/2022 und Vorlage Nr. AF 91/2022 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

7. AfSFS 09.03.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

7. AfSFS 09.03.2022

**4. Bericht zu den Schutzmaßnahmen und Auswirkungen der Corona- Pandemie für die Sozialen Leistungen der Universitätsstadt Siegen
- mündlicher Bericht**

=> *Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern bereits zur Sitzung vorab zur Verfügung gestellt. Der Originalversion der Niederschrift ist sie als Anlage beigelegt. Im digitalen Dokument ist die Präsentation unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

7. AfSFS 09.03.2022

**5. Flüchtlinge und Asylbewerber in der Universitätsstadt Siegen
Zuweisung, Unterbringung, Betreuung, Beratung, Gesundheitsversorgung und Finanzierung
- Sachstandsbericht**

=> *Die Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern bereits zur Sitzung vorab zur Verfügung gestellt. Der Originalversion der Niederschrift ist sie als Anlage beigelegt. Im digitalen Dokument ist die Präsentation unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Herr Schmidt schildert die aktuelle Situation und Entwicklung bei der Zuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine. Überwiegend kommen Frauen und Kinder nach Deutschland aufgrund persönlicher Kontakte. Eine geregelte Zuweisung über die Landesaufnahmestellen läuft derzeit nicht. Wichtig ist daher, dass sich die Personen möglichst bald in der Verwaltung melden, um die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten. Im Vordergrund steht dabei zuerst die Gewährung von Sozialleistungen, bevor die Ausländerbehörde tätig wird. Die bestehenden Netzwerke wurden wieder aktiviert und funktionieren. Besonders ist das sehr hohe ehrenamtliche Engagement hervorzuheben und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, unkompliziert Geflüchtete aufzunehmen. Dies wird vermutlich aber keine dauerhafte Lösung sein, sodass normaler Wohnraum für diese Personen aktiviert werden muss. Ein weiterer Punkt ist die Verfügbarkeit von Schul- und Kita-Plätzen.

Herr Weiskirch informiert ergänzend über die aufenthaltsrechtlichen Gegebenheiten. Ukrainische Staatsangehörige können sich mit ihrem Reisepass 90 bzw. 180 Tage visafrei in der Bundesrepublik aufhalten und kommen häufig zunächst bei Verwandten oder Bekannten unter. Daher sind noch keine aktuellen Fallzahlen bekannt. Noch nicht abschließend geklärt ist, ob von der Massenzustrom-Richtlinie auch Drittstaatenangehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht in der Ukraine erfasst sind. Hinsichtlich der Registrierung ist zwischen der lis-

tenmäßigen ad hoc Erfassung der Personen von der formalen aufenthaltsrechtlichen Registrierung. Diesbezüglich sind Weisungen seitens des Landes erforderlich, da die zur Verfügung stehenden Instrumente auf die Menge der Personen nicht ausgerichtet sind.

Herr Rompf fragt nach einem standardisierten Ablaufplan bei der Aufnahme von Geflüchteten durch Privatpersonen und der Unterstützung von Dolmetschenden.

Herr Langer stellt die große Bereitschaft in der Bevölkerung zu helfen heraus. Auch die Arbeit in der Verwaltung und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen läuft hervorragend. Wichtig ist, für die Geflüchteten eine Privatsphäre zu schaffen da davon auszugehen ist, dass diese länger bleiben werden. Für den Kontakt in die Heimat ist in den Unterkünften ein funktionierendes WLAN notwendig.

Frau Graf weist darauf hin, dass die Verbände besonders bei Personen mit Behinderung Hilfestellung leisten können.

Zur Nachfrage von Herrn Grimm zur möglichen Unterstützung durch die Bundeswehr verweist Herr Schmidt auf die diesbezügliche Zuständigkeit des Landes. Aktuell bewegt man sich jedoch überwiegend außerhalb des normalen Systems mit den Zuweisungen aus den Landeseinrichtungen gemäß Verteilungsschlüssel und FlüAG-Quote.

Die Unterbringung behinderter Personen, die aufgrund der Sozialstruktur in der Ukraine in größeren Gruppen zu erwarten sind, ist auf Kreisebene verortet. In Einzelfällen greifen die bestehenden Netzwerkstrukturen auf kommunaler Ebene.

Hilfestellung für die Bürgerinnen und Bürger gibt es über die zentrale Adresse sozial@siegen.de und die eigens geschalteten Telefon-Hotlines. Für die Übersetzung stehen Sprachmittler oder entsprechende Sprach-Apps zur Verfügung.

Frau Bleckmann spricht das Thema Integration zum Beispiel in Form von Sprachkursen oder Arbeits- und Ausbildungsangeboten an.

Frau Scherzberg verweist auf die Schwierigkeiten russischer LKW-Fahrer, die aufgrund der Krisensituation nicht in ihre Heimat zurück fahren können.

Herr Schmidt macht deutlich, dass zunächst die Erstversorgung und Unterbringung im Vordergrund stehen sollte, dann die Angebote in den Schulen/Kitas. Bezüglich der Arbeitsangebote und dem Erwerb von Sprachkenntnissen werden sich die Bedarfe ergeben. Für Notfälle, wie von Frau Scherzberg berichtet, ist die Verwaltung zuständig.

Herr Weiskirch ergänzt, dass für den Zugang zum Arbeitsmarkt Regelungen getroffen sind. Gleichzeitig wird über Integrationsberechtigungsscheine nachgedacht.

=> *Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren nehmen Kenntnis.*

6. Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen"

Vorlage Nr. VL 822/2022

Auf die Frage von Frau Bleckmann erläutert Herr Weiskirch, langfristiges Ziel bleibe, Objekte zur Unterbringung zu erwerben und Mietverträge auslaufen zu lassen. Das Konzept dürfe nicht als statisch angesehen werden, sondern sollte sich fortlaufend an die Bedürfnisse anpassen.

Herr Helm hat den Eindruck, dass die Leistungen der Verwaltung in Zusammenhang mit der aktuellen Situation noch einige Zeit weiter erbracht werden müssen. Unabhängig davon muss die Unterbringung von Personen, die nicht der Flüchtlingsgruppe zuzuordnen sind, bewältigt werden, was erhebliche Kapazitäten erfordern wird. Daher sollte für die Umsetzung des Konzeptes entsprechend Zeit eingeräumt werden.

Frau Bleckmann erinnert an das Ziel, ein verbindliches Konzept zu erhalten über das beschlossen werden kann. Eine Fortschreibung bleibt unbenommen.

Beschluss:

=> *Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerber, Aussiedlern und Wohnungslosen" zur Kenntnis.*

7. AfSFS 09.03.2022

7. Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 779/2022

Der Runde Tisch soll unter Beteiligung der politischen Akteure stattfinden, erklärt Herr Langer mit dem Ziel, Informationen von den Wohnungsbauunternehmen zu erhalten, warum in der Region keine Fördermittel abgerufen werden. Er möchte die immer wieder zu hörende Aussage, die Unternehmen hätten kein Interesse, diskutieren und erfahren, wo die Probleme bzw. Hindernisse liegen könnten. Wünschenswert ist eine Hinzuziehung eines Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat.

Herr Helm hält fest, dass der Wunsch nach einem Runden Tisch aus der Beratung in der letzten Sitzung resultiert und insoweit auch von der CDU-Fraktion unterstützt wird.

Herr Lorenz ergänzt, auch die SPD-Fraktion befürwortet die Einbindung der politischen Vertreter. Bisher konnte die Frage nicht beantwortet werden, warum es nicht gelingt, vor Ort Fördermittel abzurufen in Gegensatz zu anderen Regionen. Der Wegfall der Mietpreis-

bindung im nächsten Jahr führt zu einem erheblichen Handlungsdruck. Insofern stellt sich unabhängig von einem Runden Tisch die Frage nach Alternativen.

Frau Dr. Czell weist auf den steigenden Bedarf an preiswertem, altersgemäßem Wohnraum hin. Der Trend beim Wegfall der Zweckbindung verschärft die Problematik.

Herr Langer erinnert an den Auftrag an die KEG, sich in diesem Feld mehr zu engagieren. Diesbezüglich sieht er die Mitglieder des Aufsichtsrates gefordert. Zwar werde neuer hochwertiger Wohnraum geschaffen, wie z. B. im ehem. Stadtkrankenhaus, der aber z. B. für Studierende nicht bezahlbar ist. Ein weiteres Problem sieht er darin, dass die Vermietung an Studierende finanziell attraktiver ist, als an Ein- oder Zweipersonenhaushalte mit Senioren. Im ländlichen Raum komme die fehlende Infrastruktur als Hindernis hinzu.

Für Frau Bleckmann ist die Frage maßgeblich, wie die Politik unterstützen und in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen kann. Dazu müssen die Handlungsfelder benannt werden, auch über die formale Zuständigkeit der Stadt Siegen hinaus. Auch die Forderungen gegenüber der KEG sollten mit mehr Nachdruck, aber auch mehr Unterstützung versehen werden.

Herr Lorenz verweist auf die politischen Diskussionen zum Beispiel zur Aktivierung des ehemaligen Munitionsdepots in Wohnbauflächen mit einer gemischten Sozialstruktur, die Erweiterung des Gebietes Bürbacher Giersberg und die Fläche in Geisweid, wo neben einem Discounter auch der Bau von Wohnungen und einer Kita denkbar ist. Diese Punkte zeigen, dass durchaus Initiativen bestehen, auch wenn diese verstärkt werden sollten.

Herr Rompf gibt zu bedenken, dass der Markt die Situation auf dem Wohnungsmarkt regelt und es schwierig ist, privates Handeln und die Investition in geförderten Wohnraum zu beeinflussen. Am Beispiel Giersberg wird offenbar, dass im politischen Bereich unterschiedliche Prioritäten, z. B. zwischen Naturschutz und Wohnbauflächen, gesetzt werden. Zu dem Runden Tisch sollten auch Fachleute zu Fördermöglichkeiten hinzugezogen werden.

Zuletzt wurde die Diskussion dahingehend geführt, berichtet Herr Aydin, dass kein Interesse an der Schaffung geförderten Wohnraum besteht. Daher müsste die Stadt Siegen selbst einspringen und für die Unterbringung sozial schlechter Gestellter zu sorgen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

7. AfSFS 09.03.2022

7.1 Vorbereitung eines "Runden Tisches" der Universitätsstadt Siegen zur Wohnungsmarktsituation - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ UWG/ Volt/ GfS/FDP/ Die Linke

Vorlage Nr. AT 182/2022

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das 4. Quartal 2022 einen „Runden Tisch“ zu dem wichtigen Thema der Wohnungsmarktsituation vorzubereiten, zu dem alle relevanten Akteure vor Ort (z. B. Wohnungsgenossenschaften, Studierendenwerk, Wohnungsbauunternehmen), die Wohlfahrtsverbände sowie Vertreter der Fördermittelgeber von Bund und Land eingeladen werden.

Die im Rat der Universitätsstadt Siegen vertretenen Fraktionen, der Seniorenbeirat, der Integrationsrat sowie der Beirat der Menschen mit Behinderung nehmen mit jeweils einer Person teil.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

7. AfSFS 09.03.2022

**8. Neuwahl des Seniorenbeirates 2022;
Ablaufplan**

Vorlage Nr. VL 760/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Stadt Siegen nimmt den vorgesehenen Ablaufplan der Seniorenbeiratswahl 2022 zur Kenntnis.

7. AfSFS 09.03.2022

9. Förderung der sonstigen sozialen Vereine und Verbände 2022

Vorlage Nr. VL 783/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt – vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltes – die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

7. AfSFS 09.03.2022

10. Förderung von Angeboten zur Verbesserung der Lebenssituation armutsgefährdeter und bedürftiger Menschen in Siegen

Vorlage Nr. VL 818/2022

=> *Die korrigierte Tabelle ist der Niederschrift beigelegt. Die Zuschussgewährung erfolgt entsprechend dieser.*

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt – vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltes – die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

7. AfSFS 09.03.2022

11. Freiwillige Förderung von Projekten im Sozial- und Jugendhilfebereich im Jahr 2022

Vorlage Nr. VL 810/2022

Frau Bleckmann bedauert, dass der Fördertopf wieder nicht ausgeschöpft und die Zielsetzung nicht gänzlich erreicht wurde. Sie fragt daher, ob eine erneute Ausschreibung erfolgen sollte.

Herr Schmidt merkt an, dass zwar die Frist verlängert werden könnte, was dann aber für alle gelten muss. Der Ausschuss hat den Rahmen vorgegeben und er sieht es als positiv an, dass alle Projekte unterstützt und ausfinanziert werden können, anstatt Kürzungen vornehmen zu müssen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung die freiwillige Förderung von Projekten im Sozial- und Jugendhilfebereich für das Jahr 2022 gemäß den entsprechenden Richtlinien (Ordnungsziffer 90.513).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

7. AfSFS 09.03.2022

gez.
Vorsitzende

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	01.03.2022
Federführend	GBL 5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Betreff:

Sachstand Geschäftsordnung Beirat für Menschen mit Behinderung
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Kopien erledigt



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Soziales, Familien- und
Seniorenfragen
der Stadt Siegen
Frau Silke Schneider

Rathaus Siegen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen
0271 - 404-1432
gruene@siegen.de

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 1. März 2022	
GB L 5	PR
Ant.	INSTITUTE

Ø Büro TH

Dienstag, 01.03.2022

Anfrage zur Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Siegen am 09.03.2022
Sachstand GO Beirat für Menschen mit Behinderung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich der Neufassung der Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderung wurde im Haupt- und Finanzausschuss vom 15.12.2021 beraten, dass geprüft werden soll, ob Stellvertreter*innen für die Beiratsmitglieder gewählt werden können.

Diese Prüfung sollte erfolgen, da unsere Fraktion angekündigt hatte, einen entsprechenden Antrag für den Rat einzubringen. Die Vorlage wurde schließlich verwaltungsseitig zurückgezogen, da – nach abgeschlossener Prüfung – zunächst der Beirat über eine mögliche Änderung in der Neufassung der Richtlinien beraten muss.

Hintergrund für unseren Änderungsantrag zu den Richtlinien war neben der Bitte einzelner Beiratsmitglieder, eine mögliche Vertretungsregelung noch einmal zu prüfen, auch das Arbeitspapier "Arbeitshilfe zur Unterstützung von Kommunen für die Erarbeitung von Satzungen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen/ chronischen Erkrankungen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens" des Projektes „Mehr Partizipation wagen“ der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V., das u. a. in Zusammenarbeit mit dem hiesigen Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen entwickelt wurde und 2017 erschienen ist. In diesem wird ausdrücklich die Berufung stellvertretender Mitglieder empfohlen.

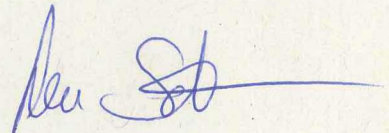
In der Zwischenzeit hat am 24. Januar eine Beiratssitzung stattgefunden. Dort wurden die Richtlinien bzw. der Antrag allerdings noch nicht abgestimmt. Wir bitten vor diesem Hintergrund um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die rechtliche und inhaltliche Prüfung der Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat der Menschen mit Behinderung in der Zwischenzeit stattgefunden?
2. Falls ja, zu welchem Ergebnis ist die Prüfung gekommen?
3. Falls nein, mit welchem rechtlichen Rahmendokumenten muss die Bestellung eines Beirates der Menschen mit Behinderung übereinstimmen?
Welche Prüfungen sollen hier konkret noch erfolgen?
4. Wann ist die Abstimmung der Richtlinien geplant?

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Lisa Bleckmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende



i.A. Lena Schmidt
Fraktionsbüro

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	01.03.2022
Federführend	GBL 5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Betreff:

Sachstand Geschäftsordnung Beirat für Menschen mit Behinderung
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Kopien erledigt



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Soziales, Familien- und
Seniorenfragen
der Stadt Siegen
Frau Silke Schneider

Rathaus Siegen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen
0271 - 404-1432
gruene@siegen.de

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 1. März 2022	
GB L 5	PR
Ant.	INSTITUTE

Ø Büro TH

Dienstag, 01.03.2022

Anfrage zur Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Siegen am 09.03.2022
Sachstand GO Beirat für Menschen mit Behinderung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich der Neufassung der Richtlinien des Beirates für Menschen mit Behinderung wurde im Haupt- und Finanzausschuss vom 15.12.2021 beraten, dass geprüft werden soll, ob Stellvertreter*innen für die Beiratsmitglieder gewählt werden können.

Diese Prüfung sollte erfolgen, da unsere Fraktion angekündigt hatte, einen entsprechenden Antrag für den Rat einzubringen. Die Vorlage wurde schließlich verwaltungsseitig zurückgezogen, da – nach abgeschlossener Prüfung – zunächst der Beirat über eine mögliche Änderung in der Neufassung der Richtlinien beraten muss.

Hintergrund für unseren Änderungsantrag zu den Richtlinien war neben der Bitte einzelner Beiratsmitglieder, eine mögliche Vertretungsregelung noch einmal zu prüfen, auch das Arbeitspapier "Arbeitshilfe zur Unterstützung von Kommunen für die Erarbeitung von Satzungen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen/ chronischen Erkrankungen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens" des Projektes „Mehr Partizipation wagen“ der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V., das u. a. in Zusammenarbeit mit dem hiesigen Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen entwickelt wurde und 2017 erschienen ist. In diesem wird ausdrücklich die Berufung stellvertretender Mitglieder empfohlen.

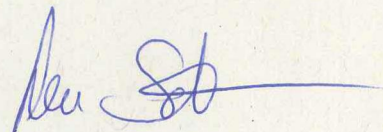
In der Zwischenzeit hat am 24. Januar eine Beiratssitzung stattgefunden. Dort wurden die Richtlinien bzw. der Antrag allerdings noch nicht abgestimmt. Wir bitten vor diesem Hintergrund um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die rechtliche und inhaltliche Prüfung der Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat der Menschen mit Behinderung in der Zwischenzeit stattgefunden?
2. Falls ja, zu welchem Ergebnis ist die Prüfung gekommen?
3. Falls nein, mit welchem rechtlichen Rahmendokumenten muss die Bestellung eines Beirates der Menschen mit Behinderung übereinstimmen?
Welche Prüfungen sollen hier konkret noch erfolgen?
4. Wann ist die Abstimmung der Richtlinien geplant?

Mit freundlichen Grüßen,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Lisa Bleckmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende



i.A. Lena Schmidt
Fraktionsbüro

Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Sitzung des Ausschusses für soziales, Familien und Senioren am 09.03.2021 gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen und seine Ausschüsse

Sachstand GO Beirat für Menschen mit Behinderung

Frage 1:

Hat die rechtliche und inhaltliche Prüfung der Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Beirat der Menschen mit Behinderung in der Zwischenzeit stattgefunden?

Antwort:

Die Einrichtung des Beirates für Menschen mit Behinderung ist eine „freiwillige“ Entscheidung des Rates der Stadt Siegen. Anders als z.B. der Integrationsrat, dessen Zusammensetzung und dessen Wahlverfahren in der Gemeindeordnung NRW geregelt sind. Kommunalrechtlich sind allerdings die Entscheidungsbefugnis des einzurichtenden Gremiums und z.B. die Entsendung von Mitgliedern als beratende Mitglieder in die Fachausschüsse zu berücksichtigen (*Hinweis: Dies wird entsprechend dem Ratsbeschluss vom Dezember 2021 separat geprüft*).

Inhaltlich wurde bisher die Auffassung vertreten, dass es sich um eine Personen-/ Persönlichkeitswahl handelt, die zudem in der Zusammensetzung des Beirates als Interessenvertretung verschiedene Einschränkungen widerspiegeln soll sowie die Vertretung über Organisationen, die in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen tätig sind.

Der Beirat der Menschen mit Behinderung und die von ihm gebildete Arbeitsgruppe haben in den zurückliegenden Wochen verschiedene Ideen und Überlegungen für eine Vertretungsregelung geprüft und einen Vorschlag erarbeitet.

Frage 2:

Falls ja, zu welchem Ergebnis ist die Prüfung gekommen?

Antwort:

Eine Vertretungsregelung ist rechtlich möglich.

Folgende Regelung wurde vom Beirat der Menschen mit Behinderungen und der von ihm gebildete Arbeitsgruppe erarbeitet:

Die Vertretenden werden über die „Nachrückliste“ der Bewerberliste geführt. Das heißt: Es werden 13 stimmberechtigte Beiratsmitglieder aus den Bewerbungen seitens des Rates der Stadt Siegen gewählt. Die übrigen Personen auf der Bewerbungsliste stehen für die Vertretung des Inklusionsbeirates auf der Nachrückliste zur Verfügung. Personen von der Nachrückerliste können an den Beiratssitzungen teilnehmen und die ordentlichen Mitglieder vertreten. Dabei wird unterschieden zwischen Personen der Nachrückliste „Einzelbewerbende“ mit 8 Positionen und Personen der Nachrückliste „Organisationen“ mit 5 Positionen.

Frage 3:

Falls nein, mit welchem rechtlichen Rahmendokumenten muss die Bestellung eines Beirates der Menschen mit Behinderung übereinstimmen?

Welche Prüfungen sollen hier konkret noch erfolgen?

Antwort:

s. Antwort zu Frage 2. Ergebnis liegt vor.

Frage 4:

Wann ist die Abstimmung der Richtlinien geplant?

Antwort:

Die Richtlinie für den Beirat der Menschen mit Behinderung in der Stadt Siegen (Behindertenbeirat) muss vom Rat der Stadt Siegen beschlossen werden. Zuvor sollen der amtierende Beirat der Menschen mit Behinderung und der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren beraten. Unter Berücksichtigung dieser Beratungsfolge und der für das Jahr 2022 vorgesehenen Sitzungsplanung kann die Beschlussfassung der Richtlinien in der Ratssitzung am 19. Oktober 2022 erfolgen.



**Schutzmaßnahmen und
Auswirkungen der
Corona- Pandemie für
die Sozialen Leistungen der
Universitätsstadt Siegen**

*Ausschuss für Soziales, Familien und
Seniorenfragen am 09.03.2022*



Organisation der Sozialverwaltung

- **hier: Redundanzen für die Führungsebene und die Sachbearbeitung / mobiles flexibles Arbeiten**
 - weiterhin befinden sich in den jeweiligen Arbeitsgruppen einzelne SB sowie ein Teil der Führungskräfte im mobilen flexiblen Arbeiten; ca. die Hälfte der Abteilung ist mit mobilen Endgeräten ausgestattet.
- **hier: Steuerung Publikumsverkehr**
 - weiterhin reduzierter Publikumsverkehr; überwiegend schriftliche Kommunikation; Erreichbarkeit telefonisch oder per E-Mail; Ad-hoc Vorsprachen und Scheckauszahlungen möglich; Desk-Sharing-Arbeitsplätze im Rathaus Weidenau

Permanente Informationen über die städtische Homepage:

Info-Hotlines der Stadt Siegen

Hotline für Services des Bürgerbüros (0271) 404-1111

Hotline für Gewerbetreibende und Unternehmen (0271) 404-2555

Hilfetelefon des Jugendamtes (0271) 404-2351

Häufig gestellte Fragen/ FAQ (Frequently Asked Questions)

<https://www.siegen.de/willkommen/informationen-zum-coronavirus/haeufig-gestellte-fragen-faq-frequently-asked-questions/>

Informationen zu Schulen und Kitas

<https://www.siegen.de/willkommen/informationen-zum-coronavirus/informationen-zu-schulen-und-kitas/>

Aufrechterhaltung Sozialer Leistungen

- hier: Sozialschutz-Paket I:
 - Seit dem 28.03.2020 in Kraft, **verlängert bis 31.12.2022**; Abfedern der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für die Bürgerinnen und Bürger
 - Auswirkungen aufs SGB XII: Artikel 5 → § 141 SGB XII: Leistungszeitraum 01.03.2020 bis 30.06.2020 (hier war zur Weiterbewilligung keine Antragstellung erforderlich)
 - **Neufälle:** Vereinfachtes Antragsverfahren; keine grundsätzliche KdU-Angemessenheits- oder Vermögensprüfungen, Leistungsbewilligung für 6 Monate; in der Stadt Siegen rd. 100 Anträge.
 - **Bestandsfälle:** Unbürokratische Weiterbewilligung der Bestandsleistungen, vorläufige Aussetzung von lfd. Kostensenkungsverfahren.

Aufrechterhaltung Sozialer Leistungen

- hier: Sozialschutz-Paket II:

- Seit dem 29.05.2020 in Kraft.
- Auswirkungen aufs SGB XII: Artikel 17 → § 142 SGB XII: Gewährung Mehrbedarf Mittagsverpflegung an alle Kunden, die in 02/2020 darauf einen Anspruch hatten (für Mehraufwendungen bei gemeinschaftlichem Mittagessen in einer WfbM, bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 SGB IX oder im Rahmen vergleichbarer tagesstrukturierender Angebote)
- Gilt seit dem 01.05.2020 und unabhängig davon, ob die Arbeitsstelle geöffnet ist oder nicht. **Die Regelung wurde bis 31.12.2022 verlängert.**

Aufrechterhaltung Sozialer Leistungen

- hier: Sozialschutz-Paket III:
 - Seit dem 01.04.2021 in Kraft.
 - Auswirkungen aufs SGB XII: Vereinfachter Zugang zu Sozialleistungen aus Sozialschutzpaketen I und II **wird erneut verlängert, jetzt bis 31.12.2022.**
 - Gewährung Mehrbedarf bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung aus Sozialschutzpaket II **wird verlängert bis 31.012.2022.**
 - Gewährung eines Corona-Zuschusses je erwachsener Person für das 1. Hj. 2021 von einmalig 150,- € für coronabedingte Mehrausgaben.
 - Bis 350 € Zuschuss zur Anschaffung digitaler Endgeräte für Schüler.



**Unterbringung, Beratung und
Betreuung von Flüchtlingen,
Asylbewerbern und Aussiedlern
in der Stadt Siegen**

*Ausschuss für Soziales, Familien und
Senioren 09.03.2022*



Zuweisungen und Zugänge Flüchtlingen und Asylbewerber in die Stadt Siegen

- **Seit 05. Mai 2020 erfolgen Zuweisungen in die Kommunen** schrittweise; in kleinen Zuweisungskontingenten; vorrangig Asylsuchende, bei denen gesetzlicher Grund nach den §§ 47 - 50 AsylG für eine Zuweisung vorliegt; frühzeitig Information, damit die erforderlichen Maßnahmen für die Unterbringung mit zeitlichem Vorlauf getroffen werden können
- **Für alle Zuweisungen gelten Vorgaben:**
 - keine Zuweisungen von Personen aus Einrichtungen oder Einrichtungsbereichen, die unter Quarantäne stehen; dies gilt unabhängig davon, ob die jeweilige Person selbst infiziert oder als Verdachts- bzw. Kontaktperson bewertet wird
 - keine Zuweisungen von Personen, die eine aktuelle COVID-19-Symptomatik aufweisen
 - Alle zuzuweisenden Personen werden zeitnah vor dem Transferzeitpunkt auf COVID-19 getestet
 - nur Zuweisungen von Personen, die eine negative Testung aufweisen

Zuweisungen und Zugänge Flüchtlinge und Asylbewerber in die Stadt Siegen

- **Zuweisungen nach Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG NRW)**
- **Zuweisung von anerkannten Flüchtlingen (Wohnsitzauflage)**
- **Familiennachzüge, Zusammenführungen, Zuzug wegen Arbeit, Studium, ...**

Verteilverfahren für die Zuweisung von Asylsuchenden:

- **Zuweisungsverfahren nach Quotenerfüllung**
- **mindestens 14-tägiger Vorlauf wenn Erfüllungsquote < 90 %**
- **10 Werktage vor Ankunft personenscharfe Mitteilung über Personenkreis**

- **Zuweisungen 2022**

11 Asylantragstellende
(+ 9 Spätaussiedler + 9 Schutzbedürftige)

9 Personen wurden im Kontext der Bereitschaft zur Aufnahme afghanischer Ortskräfte aufgenommen.

Vgl.

2015 = 1310

2016 = 264

2017 = 215

2018 = 72

2019 = 82 (+ 12 Schutzbedürftige; 17 Spätaussiedler)

2020 = 37 (+ 10 Schutzbedürftige; 28 Spätaussiedler)

2021 = 12 (+ 26 Spätaussiedler; 38 Schutzbedürftige)

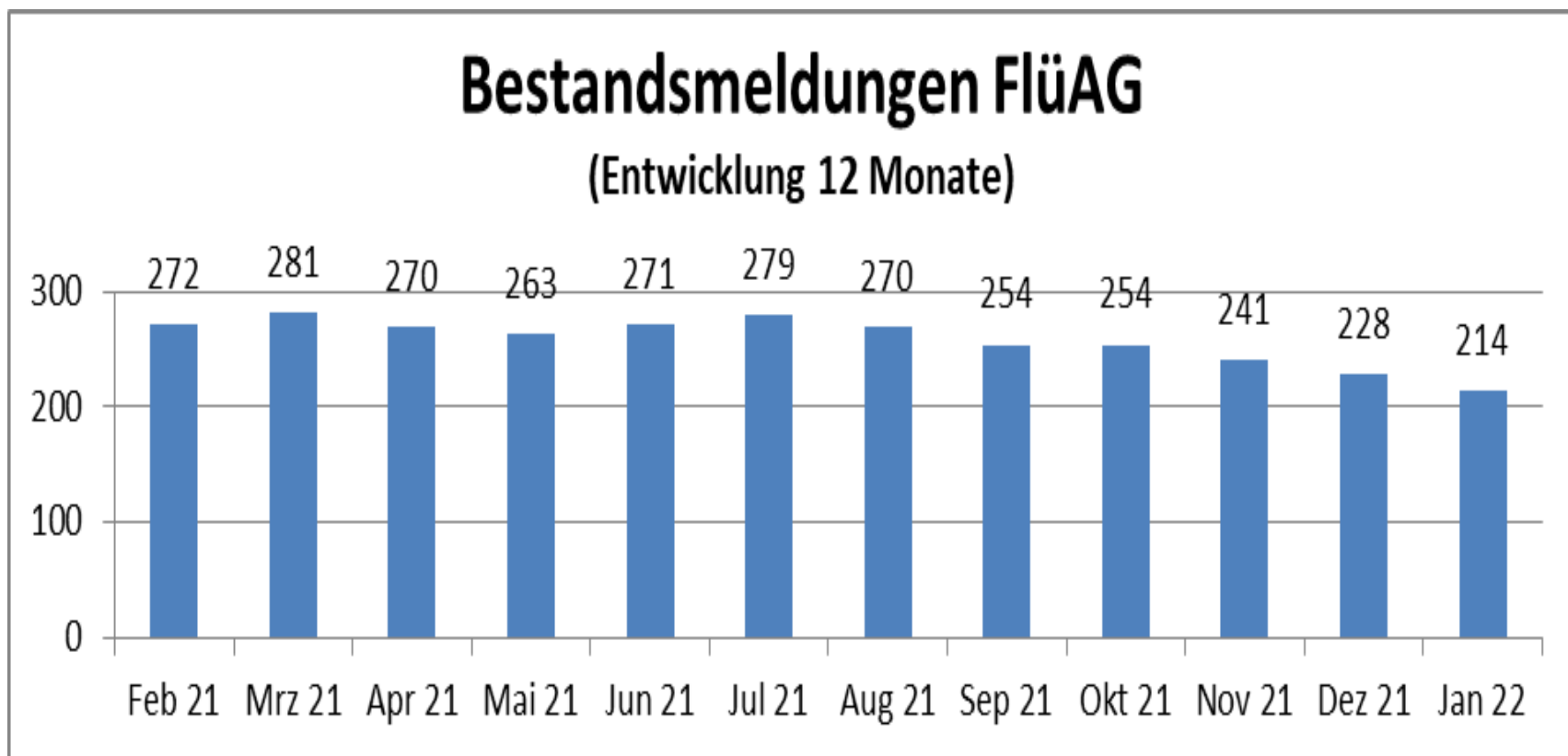
Herkunftsländer = Iran, Irak, Somalia, Afghanistan, Pakistan

- **Erfüllungsquote: 93,88**

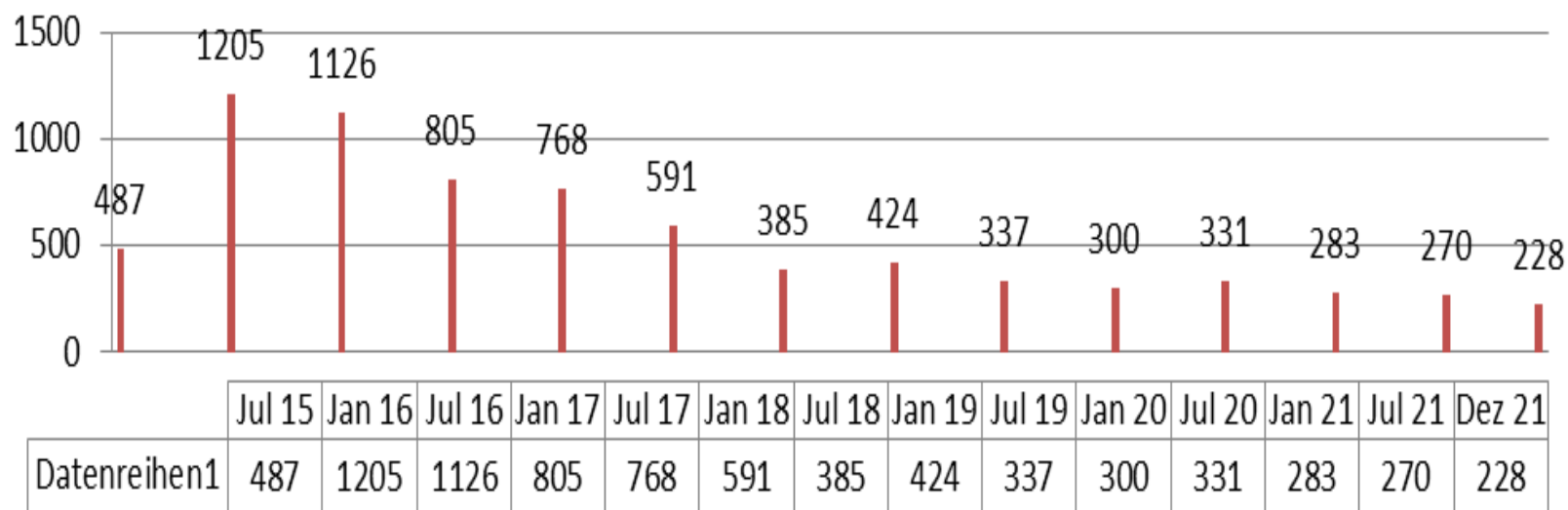
FlüAG Bestand = 221 Personen

Aufnahmeverpflichtung = 14 Personen

)
(Stand 06.03.2022)



Bestandsmeldungen FlüAG (Entwicklung seit 2015)



Zuweisungen Flüchtlingen und Asylbewerber in die Stadt Siegen im Jahr 2021 (mit Wohnsitzzuweisung nach § 12a AufenthaltsgG)

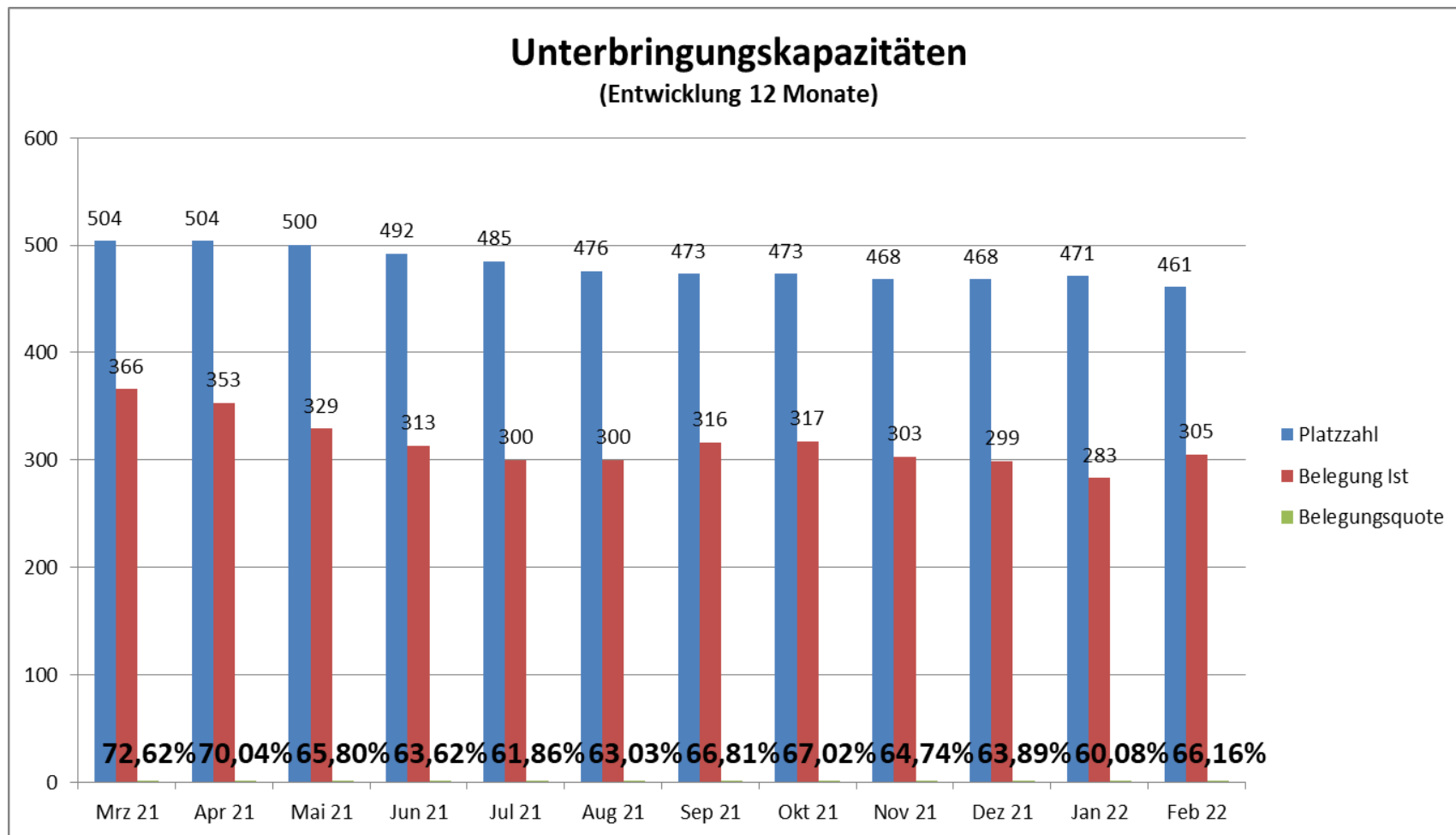
- **Bestand:** **2377 Personen**
 - zum 01.01.2020 1.756 Personen
 - zum 01.07.2020 1.971 Personen
 - zum 01.01.2021 2.031 Personen
 - zum 01.07.2021 2.360 Personen
 - zum 01.01.2022 2.360 Personen
- **Erfüllungsquote:** **201,64 %**
- **Übererfüllung:** **1.198 Personen**

(Stand 06.03.2022)

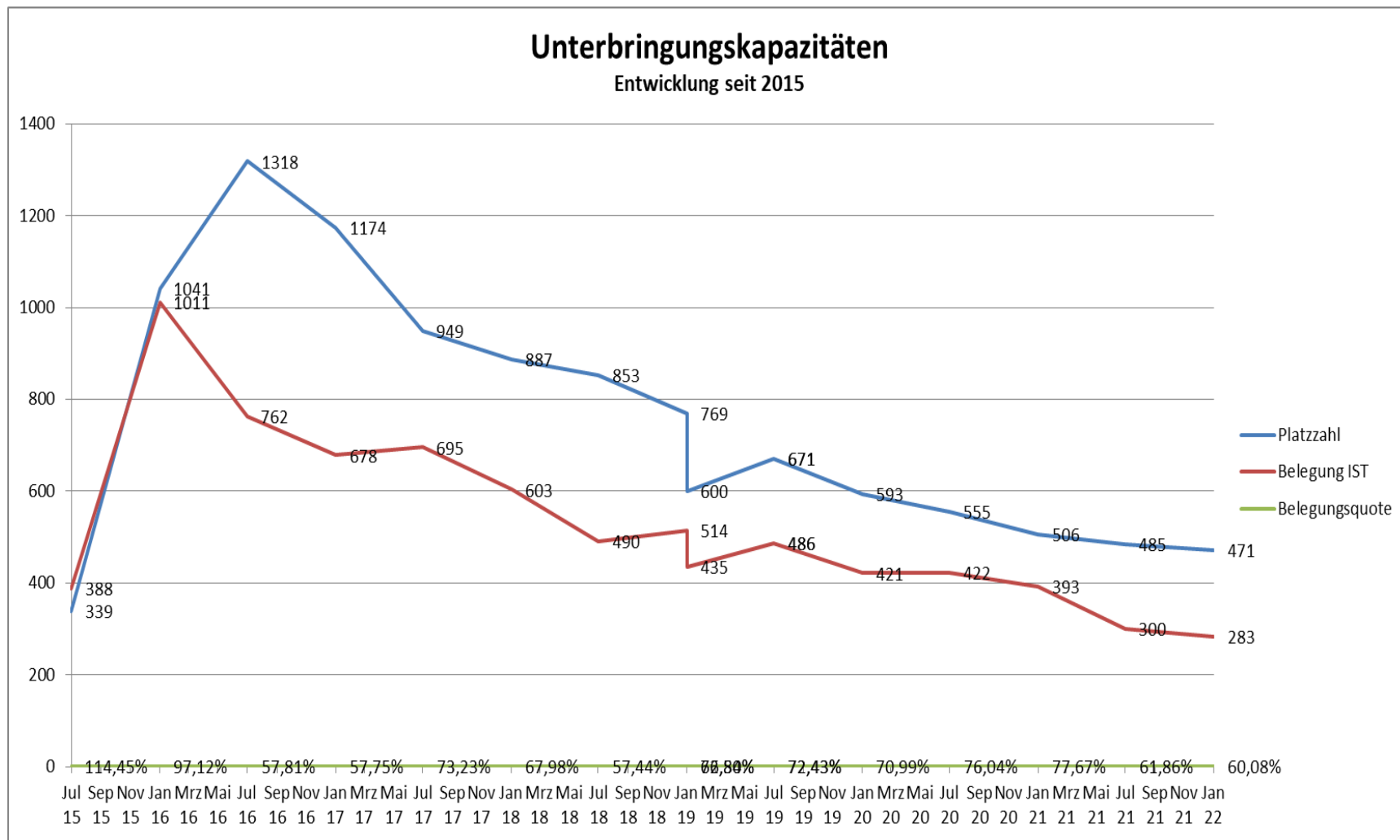
Übergangseinrichtungen - Wohnraum

- **3 städtische Übergangseinrichtungen mit Belegung:**
 - Im Wiesental (Geisweid), Am Dreesch (Hengsbach),
Tiergartenstraße (Siegen)
- **„Stand-by“:** Notquartier Winchenbach (aktuell vorbereitet für „Massenquarantäne“)
- 4 weitere städtische und 49 angemietete Objekte stadtweit
- 461 Plätze vorhanden, 305 Plätze belegt

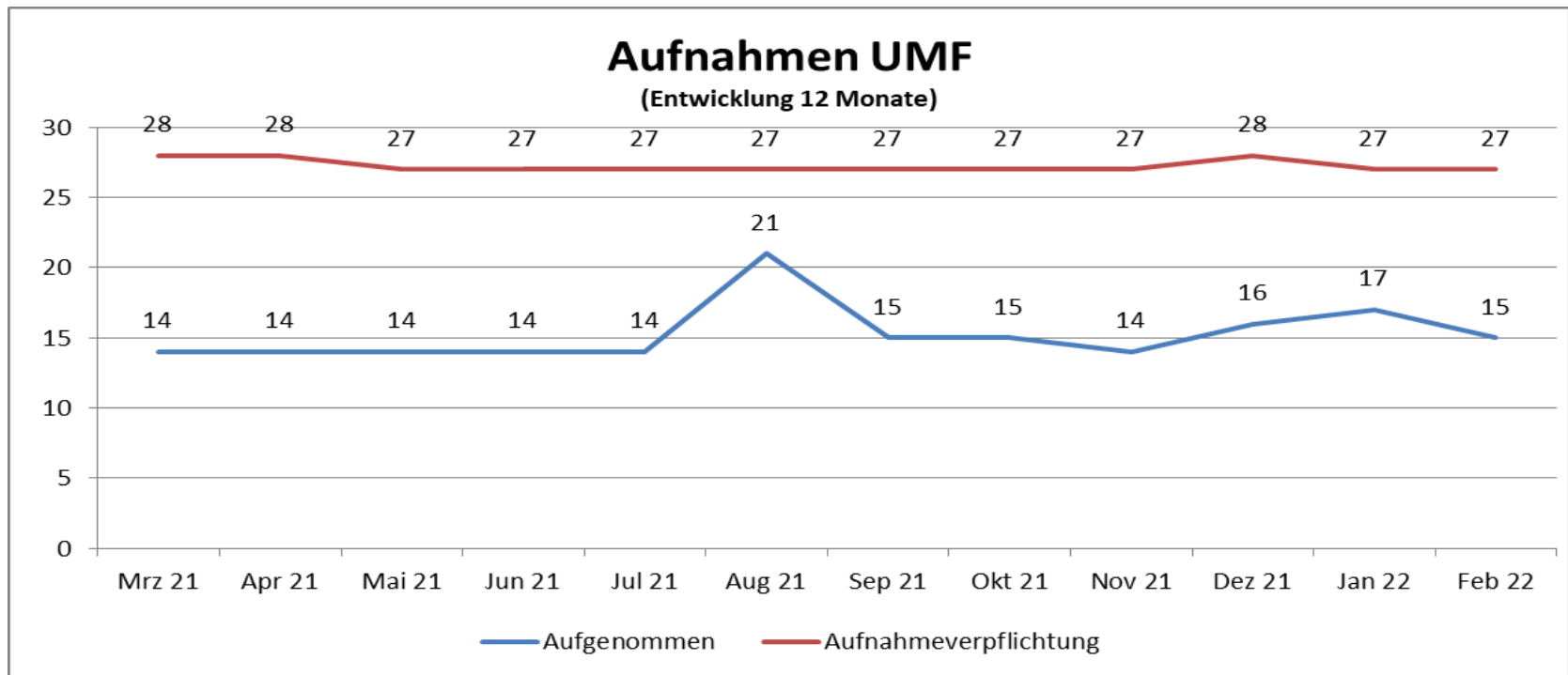
(Stand 01.03.2022)



Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Stadt Siegen



Entwicklung Aufnahme Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF):



Geflüchtete aus der Ukraine - Aktuelle Situation

- **Informationen zur aktuellen Situation**
- **Leistungsrechtliche und aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen**
- **Unterbringungssituation**
- **Ankommen und Willkommen**
- **Integration: Schule, KiTa, Ehrenamt, Sprache,...**
- **bereits getroffene Maßnahmen (Hotline, Registrierungsbüro,....)**
- **UMF**

Unterstützung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

- Erstattung der Kosten für Lehrmaterialien bei Deutschkursangeboten
- Finanzielle Unterstützung von Willkommens- und Begegnungsangeboten durch Fördergelder des Landesprogramms „Komm-An NRW“
- Bei Bedarf können Schulungs- und Fortbildungsangebote geschaffen oder Ehrenamtssprechstunden mit den Fachkräften des Vereins für soziale Arbeit und Kultur vermittelt werden.
- Zentrale Begegnungs- und Vernetzungsangebote für Ehrenamtliche und Geflüchtete in der Einrichtung KIQ in der Koblenzer Straße 90

Kontakt Integrationsbeauftragter:

Herr Büker

Tel.: 404 - 1400

E-Mail: t.bueker@siegen.de

www.siegen-hilft.de



**Unterbringung, Beratung und
Betreuung von Flüchtlingen,
Asylbewerbern und Aussiedlern
in der Stadt Siegen**

*Ausschuss für Soziales, Familien und
Senioren 09.03.2022*



Zuweisungen und Zugänge Flüchtlingen und Asylbewerber in die Stadt Siegen

- **Seit 05. Mai 2020 erfolgen Zuweisungen in die Kommunen** schrittweise; in kleinen Zuweisungskontingenten; vorrangig Asylsuchende, bei denen gesetzlicher Grund nach den §§ 47 - 50 AsylG für eine Zuweisung vorliegt; frühzeitig Information, damit die erforderlichen Maßnahmen für die Unterbringung mit zeitlichem Vorlauf getroffen werden können
- **Für alle Zuweisungen gelten Vorgaben:**
 - keine Zuweisungen von Personen aus Einrichtungen oder Einrichtungsbereichen, die unter Quarantäne stehen; dies gilt unabhängig davon, ob die jeweilige Person selbst infiziert oder als Verdachts- bzw. Kontaktperson bewertet wird
 - keine Zuweisungen von Personen, die eine aktuelle COVID-19-Symptomatik aufweisen
 - Alle zuzuweisenden Personen werden zeitnah vor dem Transferzeitpunkt auf COVID-19 getestet
 - nur Zuweisungen von Personen, die eine negative Testung aufweisen

Zuweisungen und Zugänge Flüchtlinge und Asylbewerber in die Stadt Siegen

- **Zuweisungen nach Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG NRW)**
- **Zuweisung von anerkannten Flüchtlingen (Wohnsitzauflage)**
- **Familiennachzüge, Zusammenführungen, Zuzug wegen Arbeit, Studium, ...**

Verteilverfahren für die Zuweisung von Asylsuchenden:

- **Zuweisungsverfahren nach Quotenerfüllung**
- **mindestens 14-tägiger Vorlauf wenn Erfüllungsquote < 90 %**
- **10 Werktage vor Ankunft personenscharfe Mitteilung über Personenkreis**

- **Zuweisungen 2022**

11 Asylantragstellende
(+ 9 Spätaussiedler + 9 Schutzbedürftige)

9 Personen wurden im Kontext der Bereitschaft zur Aufnahme afghanischer Ortskräfte aufgenommen.

Vgl.

2015 = 1310

2016 = 264

2017 = 215

2018 = 72

2019 = 82 (+ 12 Schutzbedürftige; 17 Spätaussiedler)

2020 = 37 (+ 10 Schutzbedürftige; 28 Spätaussiedler)

2021 = 12 (+ 26 Spätaussiedler; 38 Schutzbedürftige)

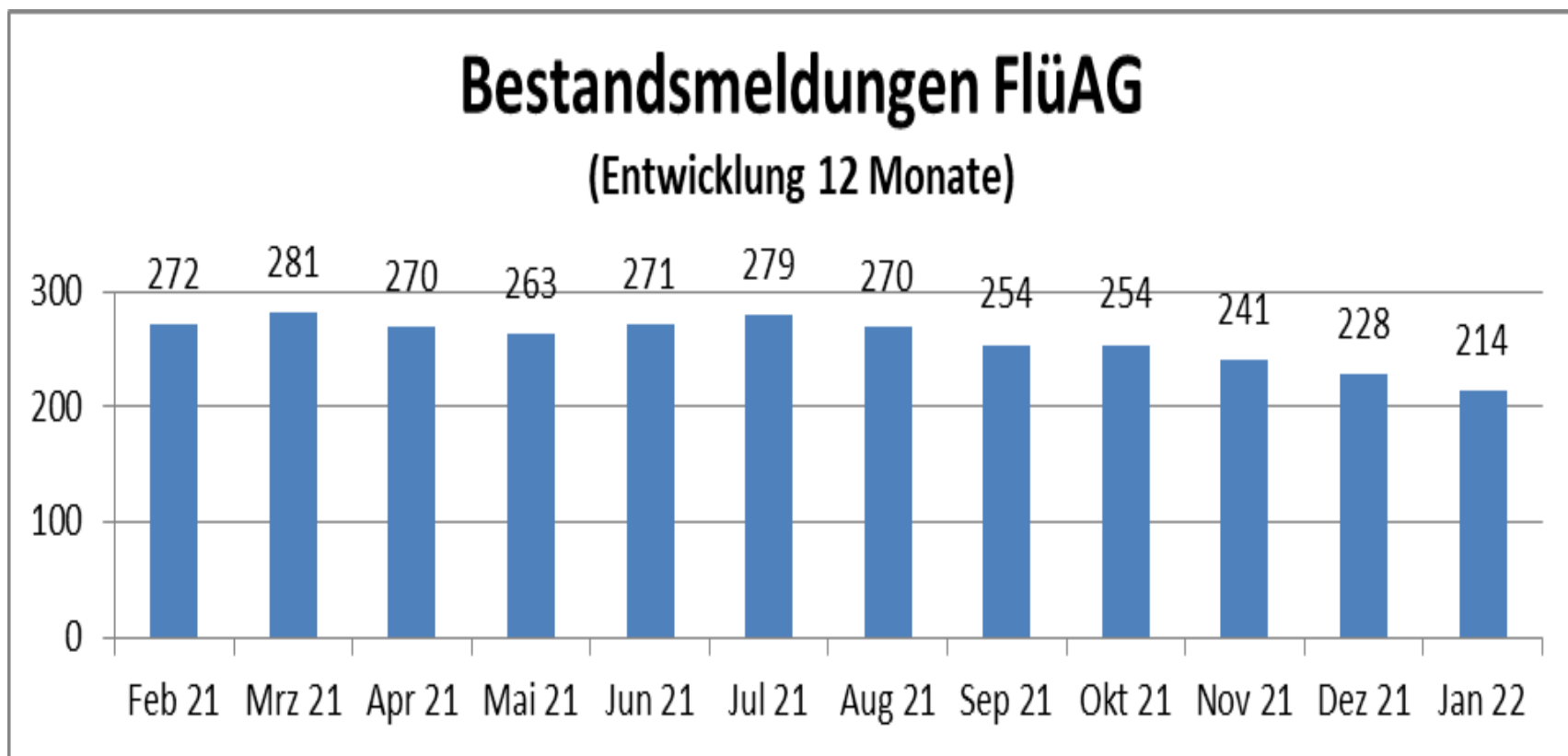
Herkunftsländer = Iran, Irak, Somalia, Afghanistan, Pakistan

- **Erfüllungsquote: 93,88**

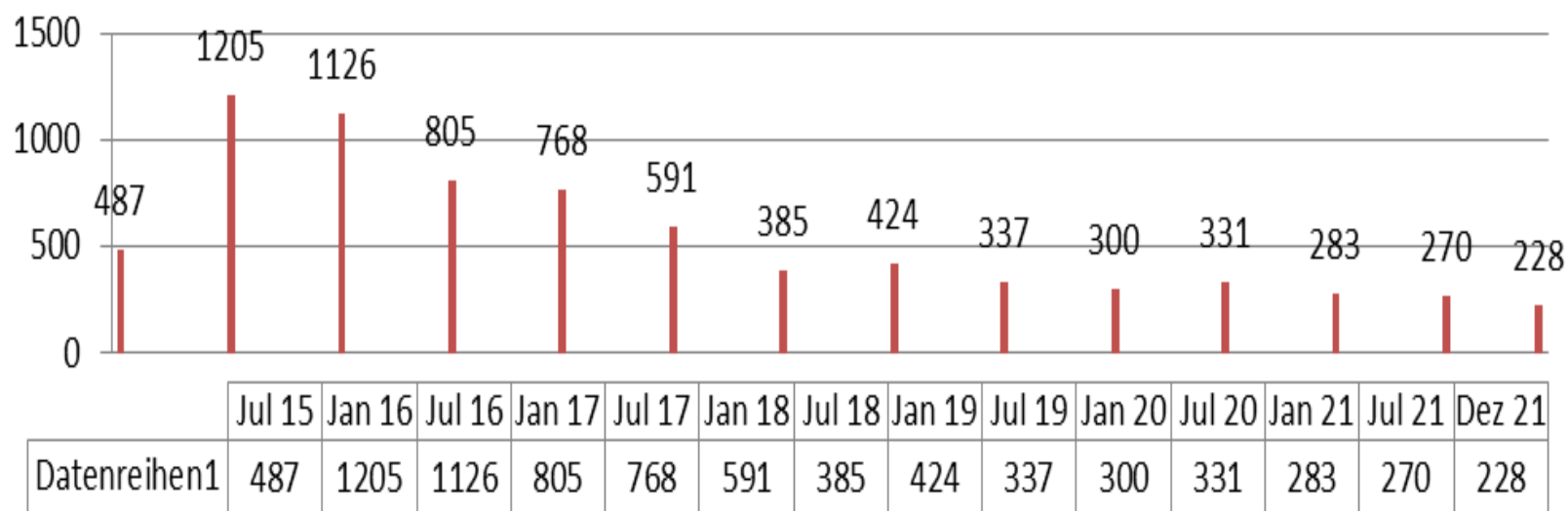
FlüAG Bestand = 221 Personen

Aufnahmeverpflichtung = 14 Personen

)
(Stand 06.03.2022)



Bestandsmeldungen FlüAG (Entwicklung seit 2015)



Zuweisungen Flüchtlingen und Asylbewerber in die Stadt Siegen im Jahr 2021 (mit Wohnsitzzuweisung nach § 12a AufenthaltsgG)

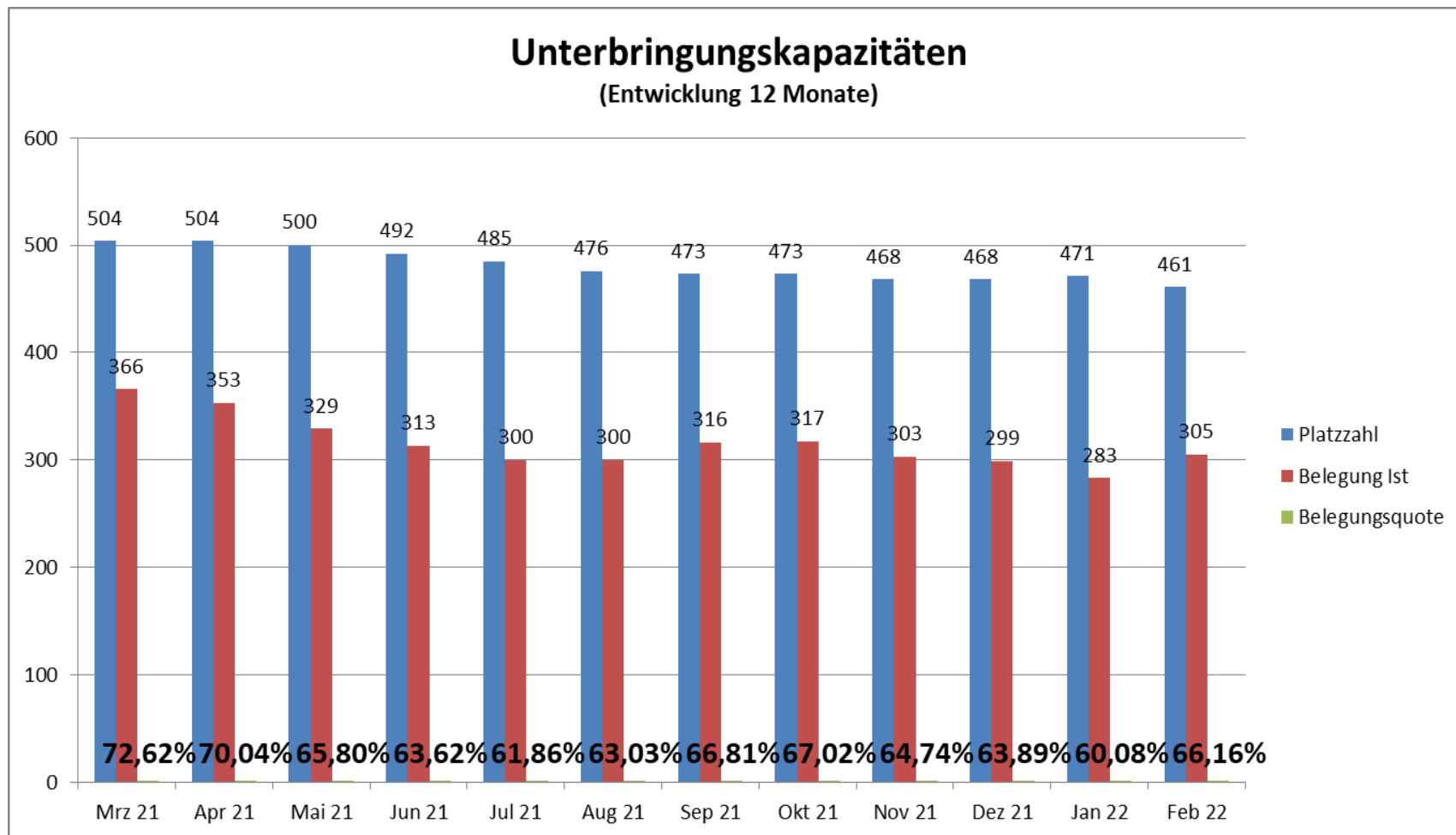
- **Bestand:** **2377 Personen**
 - zum 01.01.2020 1.756 Personen
 - zum 01.07.2020 1.971 Personen
 - zum 01.01.2021 2.031 Personen
 - zum 01.07.2021 2.360 Personen
 - zum 01.01.2022 2.360 Personen
- **Erfüllungsquote:** **201,64 %**
- **Übererfüllung:** **1.198 Personen**

(Stand 06.03.2022)

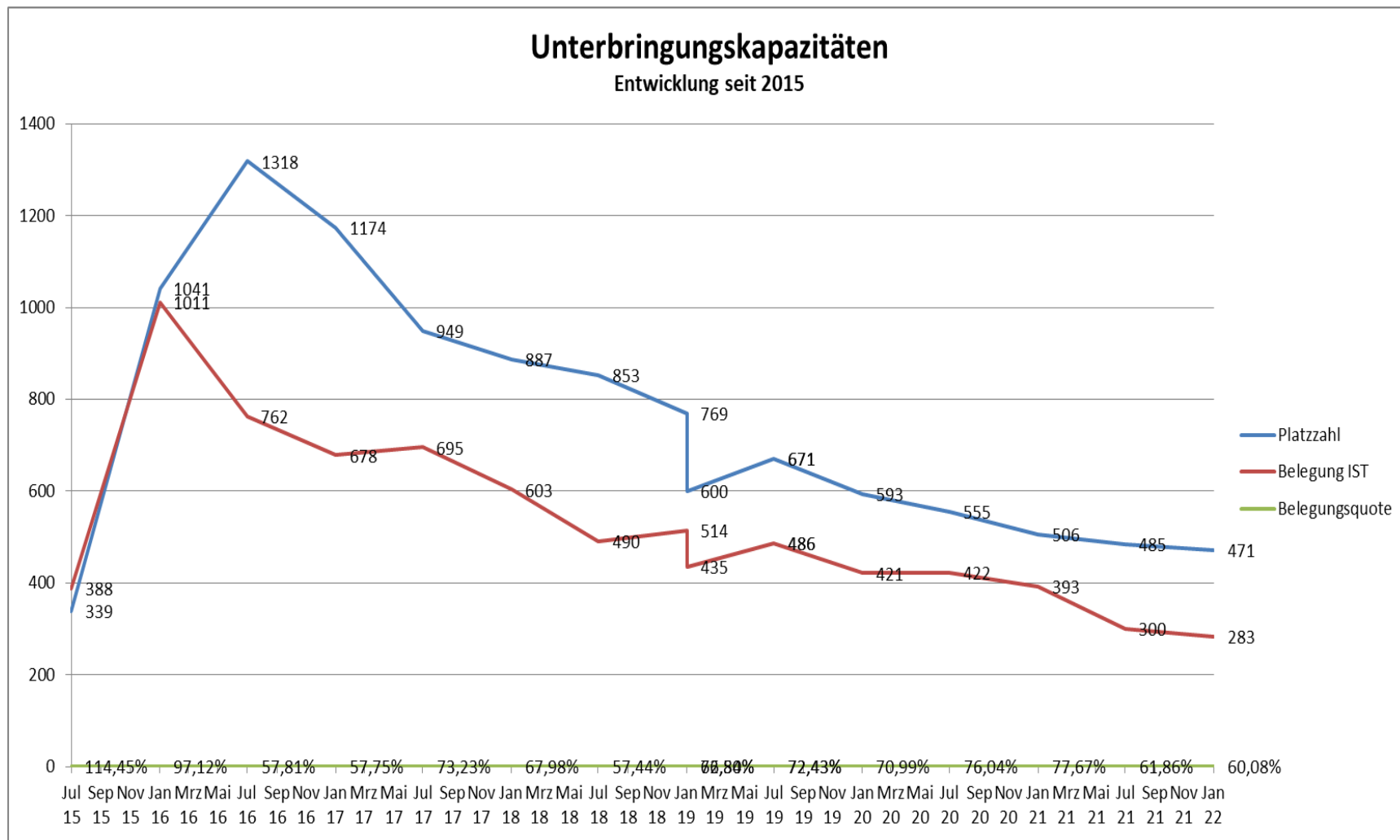
Übergangseinrichtungen - Wohnraum

- **3 städtische Übergangseinrichtungen mit Belegung:**
 - Im Wiesental (Geisweid), Am Dreesch (Hengsbach),
Tiergartenstraße (Siegen)
- **„Stand-by“:** Notquartier Winchenbach (aktuell vorbereitet für „Massenquarantäne“)
- 4 weitere städtische und 49 angemietete Objekte stadtweit
- 461 Plätze vorhanden, 305 Plätze belegt

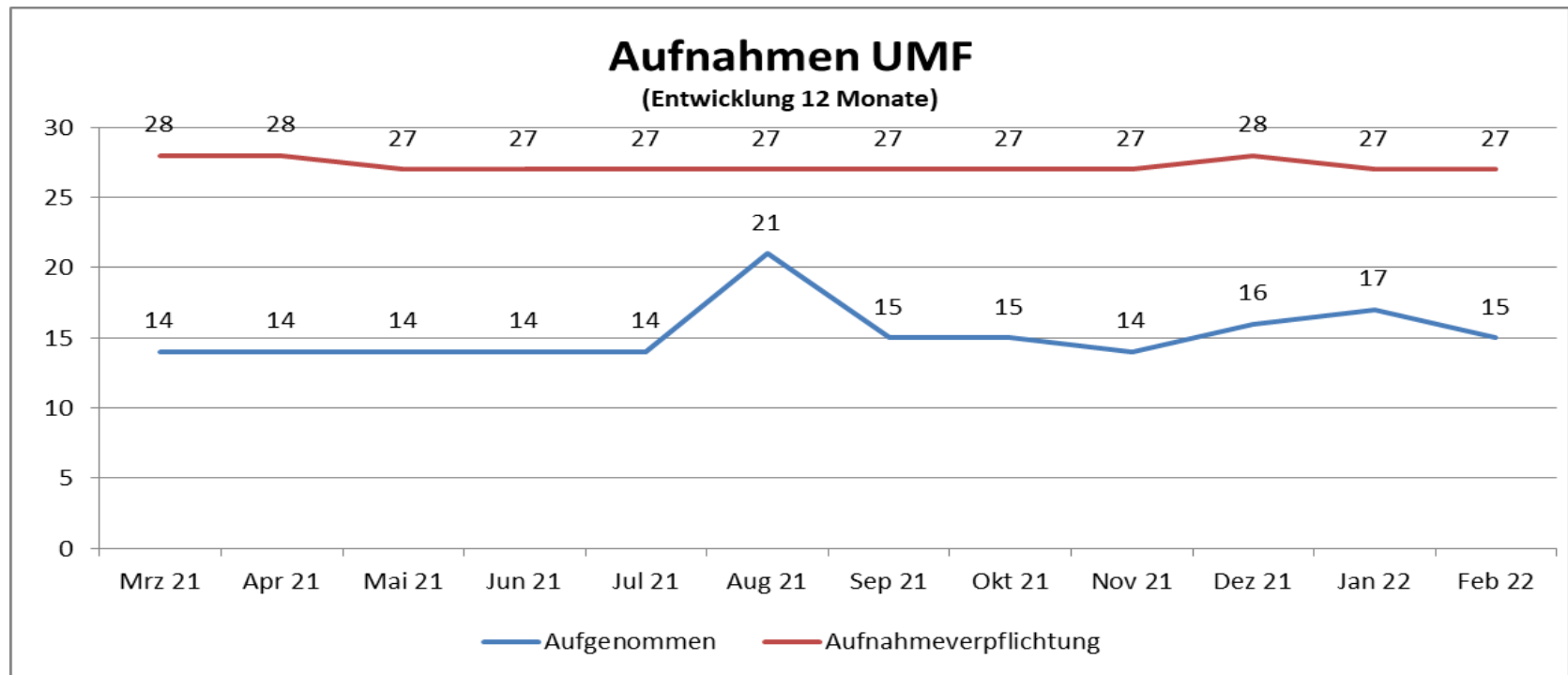
(Stand 01.03.2022)



Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Stadt Siegen



Entwicklung Aufnahme Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF):



Geflüchtete aus der Ukraine - Aktuelle Situation

- **Informationen zur aktuellen Situation**
- **Leistungsrechtliche und aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen**
- **Unterbringungssituation**
- **Ankommen und Willkommen**
- **Integration: Schule, KiTa, Ehrenamt, Sprache,...**
- **bereits getroffene Maßnahmen (Hotline, Registrierungsbüro,....)**
- **UMF**

Unterstützung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

- Erstattung der Kosten für Lehrmaterialien bei Deutschkursangeboten
- Finanzielle Unterstützung von Willkommens- und Begegnungsangeboten durch Fördergelder des Landesprogramms „Komm-An NRW“
- Bei Bedarf können Schulungs- und Fortbildungsangebote geschaffen oder Ehrenamtssprechstunden mit den Fachkräften des Vereins für soziale Arbeit und Kultur vermittelt werden.
- Zentrale Begegnungs- und Vernetzungsangebote für Ehrenamtliche und Geflüchtete in der Einrichtung KIQ in der Koblenzer Straße 90

Kontakt Integrationsbeauftragter:

Herr Büker

Tel.: 404 - 1400

E-Mail: t.bueker@siegen.de

www.siegen-hilft.de

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 23.02.2022

Bereich: Soziale Leistungen

Bearbeitet von: Steffen Weiskirch, Maren Königsberg, Patrick Zöller

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Kurzbezeichnung:

Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen"

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerber, Aussiedlern und Wohnungslosen" zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

I. Vorbemerkung

Im Hinblick auf das zu erstellende „Unterbringungskonzept der Universitätsstadt Siegen zur Versorgung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen mit Wohnraum“ hat der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren (AfSFS) zuletzt am 21.04.2021 beraten und entschieden. Auf die entsprechenden Vorlagen VL 153/2021 und 311/2021 wird verwiesen.

Demnach wurde die Verwaltung beauftragt, innerhalb eines Jahres ein Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe zu erstellen, welches sowohl eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Unterbringungs- und Betreuungsangebote enthält, als auch im Detail aufschlüsselt, welche Personen in der Universitätsstadt Siegen von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, wie lange diese von den in der Wohnungsnothilfe aktiven Stellen und Trägern betreut werden und wie genau sich diese Betreuung darstellt und vollzieht.

Darüber hinaus soll im Konzept aufgezeigt werden, wie die Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Siegen in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden soll (in Ergänzung zur von der Verwaltung bereits geplanten Unterbringungs- und Belegungskonzept) und welche Schritte dazu notwendig sind und wann diese durchgeführt werden.

Wie bereits in Vorlage 311/2021 beschrieben, ist für die weiteren Planungen evident, ob und wo geeignete Unterbringungskapazitäten gefunden, erworben und ggf. baulich nach den Unterbringungsbedarfen umgestaltet werden. Das Konzept wird inhaltlich davon abhängen, ob die Stadt Siegen beispielsweise ein größeres Objekt für die gewünschten Zwecke erwerben kann oder ob mehrere Einzelobjekte zur Verfügung stehen. Neben der Belegung wird hiervon zum Teil auch die Ausgestaltung, speziell die Organisation der Beratungs- und Betreuungsleistungen abhängig sein.

Primäres Ziel des Unterbringungskonzepts ist die ausreichende und zeitnahe Versorgung des in Siegen lebenden hilfebedürftigen Personenkreises mit geeignetem und menschenwürdigem Wohnraum.

Sekundäres Ziel der Entwicklung und dauerhaften Fortführung bzw. ständigen Anpassung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts ist die Zusammenführung der (perspektivischen) Arbeitsweisen und die Optimierung von Verfahrensabläufen der Arbeitsgruppen 5/1-2 (Leistungen nach dem AsylbLG) und 5/1-3 (Wohnen und andere soziale Leistungen) zur Unterbringung der bedürftigen Personenkreise unter Berücksichtigung und Einbindung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen. In diesem Zusammenhang kommt auch den weitergehenden Strukturen zur Beratung und Betreuung dieser Menschen innerhalb der Universitätsstadt Siegen eine besondere Bedeutung zu.

Der vorliegende Sachstandsbericht nimmt Bezug auf die verschiedenen Handlungsfelder der Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung des zu differenzierenden Klientels, die aktuelle Lage in der Universitätsstadt Siegen, Planungen und Herausforderungen bei der Evaluation des Unterbringungskonzeptes, sowie auch in diesem Zusammenhang besonders zu berücksichtigende Personenkreise. Auf die bestehende Situation, zu berücksichtigende Begleitumstände und Perspektiven zum Unterbringungskonzept wird zudem Bezug genommen.

II. Bestehende Strukturen

1. Arbeitsgruppe 5/1-2 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

a) Handlungsfelder

Die Arbeitsgruppe 5/1-2 ist neben der Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und ggfs. sonstigen Schutzberechtigten mit den Themenfeldern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Hilfen zur Gesundheit (u.a. Krankenhilfe), Flüchtlingsbetreuung und Rückkehrberatung befasst. Die einzelnen Themenfelder weisen in großen Anteilen Schnittstellen auf und sind daher aus Effizienzgründen organisatorisch in dieser Arbeitsgruppe zusammengefasst. Die Teams arbeiten eng verzahnt und im ständigen Austausch miteinander.

Die Zuweisung von Asylbewerbern an die Universitätsstadt Siegen erfolgt auf Grundlage des Flüchtlingsaufnahmegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (FlüAG NRW) durch die Bezirksregierung Arnsberg. Die Zuweisung anerkannter Schutzberechtigter und von Inhabern bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel erfolgt auf Grundlage des § 12a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) - Wohnsitzauflage).

b) Bestandsaufnahme der Unterbringungs- und Betreuungssituation von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern

Gebäudeinfrastruktur

Die Universitätsstadt Siegen bringt Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler in eigenen Übergangseinrichtungen, angemieteten Objekten und stadteigenen Wohnungen unter.

Derzeit unterhält die Stadt vier eigene Übergangseinrichtungen. Darüber hinaus werden vier weitere städtische und 49 angemietete Objekte stadtweltweit für die Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern genutzt.

Von den vier eigenen Übergangseinrichtungen sind derzeit drei belegt (Tiergartenstraße, Am Dreesch, Im Wiesental). Die Einrichtung "An der Sommerseite" ist im Stand-By-Modus und hinsichtlich der weiterhin anhaltenden Pandemielage für eine ggf. erforderliche Mass Quarantäne vorbereitet. Eine diesbezügliche Unterbringung ist im Bedarfsfall kurzfristig möglich.

Die Übergangseinrichtungen und städtischen Wohnungen werden von acht Hauswarten betreut, die im Übrigen auch in den Einrichtungen der AG 5/1-3 eingesetzt werden.

Die Hauswarte kümmern sich um die Gebäudeinfrastruktur, sind aber auch erste (und wichtige) Anlaufstelle für die Bewohner/innen und unterstützen damit ergänzend die Arbeit der Sozialarbeitenden.

Betreuungs- und Beratungssituation (inklusive Rückkehrberatung) / Personalschlüssel

Die sach- und fachkompetente Betreuung und Beratung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Zugewanderten wird von der Universitätsstadt Siegen im Rahmen einer regelmäßigen Ausschreibung und eines Dienstleistungsvertrages zu einem Teil an einen freien Träger vergeben. Bis zum 31.12.2022 ist die Leistung an den Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. (VAKS) vergeben. Die Beratung und Betreuung dieses Personenkreises wird derzeit vom freien Träger durch den Einsatz von entsprechend geschulten Fachkräften in einem Umfang von 5,7 Stellen sichergestellt. Hierfür sind Diplom-Sozialarbeiter/innen oder Mitarbeiter/innen mit vergleichbarer Qualifikation im Einsatz.

Der Verein arbeitet darüber hinaus eng mit den weiteren zuständigen Diensten der Universitätsstadt Siegen (Jugendamt, Ausländerbehörde, etc.), sowie weiteren freien Trägern und Migrantenorganisationen zusammen.

Die Vertragslaufzeit war auf höchstens fünf Jahre beschränkt. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Ausschreibung und Vergabe der Leistung ab dem 01.01.2023.

Neben der sozialen Betreuung liegen die Schwerpunkte in der Sozialarbeit weiterhin in der Wohnungssuche (soweit kein Recht/ keine Verpflichtung mehr besteht, in den Übergangseinrichtungen zu wohnen) und -vermittlung, der Orientierungshilfe im neuen Lebensumfeld, der Vermittlung an Fachstellen für verschiedene Problemlagen, Sprachförderangeboten und ähnliches. Die einzelfallbezogenen Leistungen sind ausgerichtet an die speziellen Problemlagen der Betroffenen.

Darüber hinaus erbringt die Stadt Siegen Beratungs- und Betreuungsleistung mit eigenem Personal. Derzeit sind drei Vollzeitstellen hierfür vorgesehen. Die drei städtischen Mitarbeiter arbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem VAKS e.V.

Rückkehrberatung

Die Gründe für eine freiwillige Rückkehr sind vielfältig. Neben der Aufforderung zur Ausreise oder einer drohenden Abschiebung spielen häufig die fehlende Perspektive auf Familiennachzug, sonstige familiäre Gründe, "Heimweh" sowie der Wunsch im gewohnten Kulturkreis zu leben eine zunehmende Rolle.

Seit Mai 2018 ist einer der drei oben aufgeführten städtischen Mitarbeiter gezielt mit der „Rückkehrberatung für ausreisewillige Personen“ beauftragt. Die Erfahrungen zeigen große Resonanz und Erfolge der städtischen Rückkehrberatung.

Entwicklung der Rückkehrberatung seit 2018

2018

- **19 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**
-

Aserbaidschan; Indien; Irak; Mazedonien; Libanon; Pakistan; Republik Serbien; Russische Föderation; Syrien; Tadschikistan; Ukraine; Volksrepublik China.

2019

- **22 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Afghanistan; Irak ; Iran; Libanon; Pakistan; Republik Serbien; Syrien; Ukraine

2020

- **10 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Irak; Mongolei; Litauen; Syrien; Russische Föderation; Volksrepublik China.

2021

- **21 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Albanien; Bangladesh; Indien; Irak; Mongolei; Nepal; Republik Kosovo; Republik Serbien;

Aktuelle Zuweisungs- und Unterbringungssituation

Hinsichtlich der Entwicklung der Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg und die in diesem Zusammenhang stehenden Unterbringungskapazitäten wird auf die regelmäßige Präsentation zur Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren verwiesen.

Aktuell bleibt in diesem Zusammenhang ergänzend auszuführen, dass die Erfüllungsquote zur Aufnahme von Asylbewerbern im Sinne des §§ 50, 51 Asylgesetz (AsylG) drei Jahre lang über 100 % lag. Anfang 2022 wurde die Aufnahmeverpflichtung erstmals wieder unterschritten, so dass vereinzelt Zuweisungen in die Stadt Siegen erfolgten.

Hinsichtlich der Zuweisungen im Rahmen des § 12a AufenthG ist festzustellen, dass die Aufnahmeverpflichtung seit Jahren deutlich übertroffen wird. Zum 13.02.2022 lag eine Erfüllungsquote von 202,12 % vor.

2. Arbeitsgruppe 5/1-3 - Wohnen und andere soziale Leistungen

a) Handlungsfelder

Die Arbeitsgruppe 5/1-3 besteht aus den Arbeitsteams "Wohnen/Wohnraumsicherung und -versorgung", "Leistungen nach dem Wohngeldgesetz", "Versicherungsamt/Rentenangelegenheiten" und "Leistungen für Behinderte".

Das Arbeitsteam "Wohnen/Wohnraumsicherung und -versorgung" verfügt über eine eigene Fachstelle für Wohnungsnotfälle, welche sich insbesondere mit der Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen beschäftigt. Darüber hinaus erfolgt aber auch die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen, sowie Wohnungsvermittlungen zur Vorbeugung und Vermeidung drohender Wohnungslosigkeit.

b) Bestandsaufnahme der Unterbringungs- und Betreuungssituation von Wohnungs- und Obdachlosen

Gebäudeinfrastruktur

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle betreut derzeit 70 hilfebedürftige Personen und unterstützt diese im Rahmen der ihr obliegenden Aufgaben.

Darüber hinaus sind der Fachstelle derzeit 5 obdachlose Personen, welche sich im Stadtgebiet aufhalten, bekannt. Die Universitätsstadt Siegen bringt Obdachlose im Rahmen der Ge-

fahrenabwehr priorisiert in städtischen Unterkünften unter. Ergänzend erfolgen die Anmietung entsprechender Objekte nach Bedarf sowie die Unterbringung in Hotels/Pensionen.

Hier ist jedoch ein Engpass an entsprechend geeigneten Unterbringungskapazitäten festzustellen.

Städtische Objekte zur Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen:

Unterkunft	Gesamtzahl möglicher Bewohner	Derzeit Belegt
Unterkunft 1	4 WE/4 Familien 2 WE/4 Personen	1 WE/2 Personen 2 WE/3 Personen
Unterkunft 2	4 WE/4 Familien	3 WE/8 Personen
Unterkunft 3	2 WE/2 Personen	2 WE/2 Personen
Unterkunft 4	5 WE/10 Personen	4 WE/4 Personen
Unterkunft 5	4 WE/4 Personen	0

c) Problemlagen

Zunahme und Umgang mit renitenten Obdachlosen (sog. „Systemsprengern“)

Verantwortlich für die Vermeidung beziehungsweise Überwindung von Wohnungslosigkeit sind in Deutschland in erster Linie die Kommunen. Hierbei wird seit einiger Zeit eine starke Zunahme von aufsässigen Obdachlosen festgestellt, die unter Umständen nicht nur für sich, sondern auch für andere Bewohner einer Obdachlosenunterkunft eine Gefahr darstellen können. Auch die Universitätsstadt Siegen ist in wachsendem Maß mit Obdachlosen konfrontiert, deren Verhalten für ihre Umgebung letztlich nicht mehr zumutbar ist. Dieser Personenkreis unterfällt diversen Suchtproblematiken oder psychischen Erkrankungen. Der wachsende Anteil der psychisch kranken Wohnungslosen, die im Verhalten massive Auffälligkeiten zeigen, lässt eine Unterbringung in „regulären“ Unterkünften nicht mehr zu und benötigt dringend entsprechende Alternativen.

Wird die Obdachlosenunterkunft durch einen polizeirechtlich Untergebrachten gravierend beschädigt, so kann die Kommune zum Schutz ihres Vermögens ihm einfachste Unterkünfte zuweisen oder regelmäßig, im Einzelfall auch tägliche Kontrollen unterziehen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Universitätsstadt Siegen aktuell nicht über ausreichende Unterbringungskapazitäten einfachster Art verfügt. Hinzu kommt, dass obdachlose Personen, bei denen (offensichtlich) eine Selbst- und Fremdgefährdung und damit eine einstweilige Unterbringung nach dem Unterbringungsrecht ausgeschlossen ist, nicht bei winterlichen Witterungsverhältnissen unter Gefährdung von Leib und Leben „auf die Straße gesetzt werden“ können.

Zu der Frage, ob die Obdachlosenbehörde bzw. die Fachstelle in Ausnahmefällen bei exzessiven Verstößen von der Verpflichtung zur Unterbringung des Obdachlosen befreit wird, äußert sich die Literatur bzw. Kommentierung aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnend. Denn: Eine solche „Freistellung“ widerspricht den polizei- und ordnungsrechtlichen Grundsätzen und missachtet den staatlichen Schutzauftrag für das Leben und die Gesundheit des

Menschen. Zum Schutz der bedrohten Grund- und Menschenrechte des Obdachlosen bleibt die Polizei bzw. die Ordnungsbehörde zum Einschreiten verpflichtet. Dieser Personenkreis kann jedoch nicht (mehr) in den bisherigen städtischen Unterkünften und auch nicht in angemietetem Wohnraum untergebracht werden. Nach den langjährigen Erfahrungen der Fachstelle besteht die einzige und effektivste Möglichkeit, diese sog. „Systemsprenger“ in Wohncontainern oder vergleichbar ausgestatteten Objekten unterzubringen.

Verfügbarkeit und Vorhaltung von Unterbringungskapazitäten

Wie zuvor dargestellt, existiert ein Mangel an bedarfsgerechten Plätzen für bestimmte Gruppen von Wohnungslosen, unter anderem Frauen, Menschen mit körperlichen und/ oder psychischen Behinderungen, junge Wohnungslose, Menschen mit psychischen, Alkohol- und/oder Drogenproblemen. Derzeit sind mehr Männer als Frauen betroffen und binden zunehmend mehr Arbeitskraft des Verwaltungspersonals.

Wegen der konstant hohen Zahl von Wohnungslosen und zudem der kleinen, aber steigenden Zahl von Personen mit verhaltensbedingten Auffälligkeiten besteht ein Bedarf im Bereich der Einzelunterbringung, der derzeit jedoch nicht befriedigt werden kann. „Normalwohnraum“ (Wohnungen) ist bei den derzeitigen städtischen Unterkünften der Regelfall. Mehrbettzimmer in Sammelunterkünften sind aus hygienischen Gründen weder derzeit, noch zukünftig zu verfolgen – erst Recht nicht in Zeiten einer pandemischen Lage. Insoweit besteht ein Handlungsdruck bei der Schaffung von Möglichkeiten der Einzelunterbringung, hier insbesondere für psychisch auffällige Wohnungslose, die praktikabelerweise in vandalismusunanfälligen Wohncontainern untergebracht werden sollten. Diese Lösung ist alternativlos, denn ein Verbleib der untergebrachten Personen in den bisherigen Unterkünften ist dem Wohnumfeld bzw. der Nachbarschaft teilweise nicht mehr zuzumuten. Die Personen sind teilweise stark alkohol- und oder drogenabhängig; die Polizei und /oder die städtische Rufbereitschaft müssen mehrmals im Monat vor Ort sein, um Streitigkeiten, Lärmbelästigungen oder ähnliches zu schlichten.

Hinsichtlich potentieller Grundstücks- bzw. Aufstellungsflächen und Möglichkeiten der Beschaffung/Realisierung steht die Abt. 5/1 in Kontakt mit den zu beteiligenden Arbeitsbereichen innerhalb der Stadtverwaltung.

Obdachlose ohne Unterbringungswunsch

Eine weitere Herausforderung stellen in Siegen lebende obdachlose Personen dar, welchen ein Unterbringungsangebot von Seiten der Fachstelle unterbreitet, dieses jedoch nachhaltig abgelehnt wird. Dieser Personenkreis nimmt oftmals eine Eigengefährdung im Rahmen von winterlichen Witterungsverhältnissen in Kauf und übernachtet im "Freien". Um diesen Menschen dennoch zu helfen und Schutz gegen Kälte zu bieten wurde durch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle zwischenzeitlich eine geringe Anzahl sogenannter "Iglous" beschafft. Diese wasserdichten, vor allem warmen kleinen, aus Polyethylen-Schaumstoff bestehenden schlauchartigen Rückzugsorte bieten für Betroffene Schutz vor Unterkühlung und einen kleinen "Raum" zum Schlafen. Sie sind für Personen gedacht, die keinen Unterschlupf in einer Notschlafstelle während des Winters finden können oder wollen. Die Universitätsstadt Sie-

gen möchte nunmehr testen, ob und inwieweit diese neuartige Form der Unterbringung in Anspruch genommen wird.

Verweildauer in Unterkünften

Es ist festzustellen, dass die ursprünglich nur als Notlösung und kurzfristige Maßnahme gedachte ordnungsrechtliche Unterbringung zunehmend längerfristig wird. Insofern spiegelt die Realität (dauerhafte Unterbringung) nicht mehr den eigentlichen Gesetzeszweck (vorübergehende Unterbringung zur Abwehr der Gefahr für Sicherheit und Ordnung) wieder. Sind aber die städtischen bzw. die auf dem Wohnungsmarkt zur Vermeidung von Obdachlosigkeit angemieteten Unterkünfte dauerhaft bzw. langfristig belegt, verhindert dies im Umkehrschluss die Aufnahme zusätzlicher Bedürftiger.

III. Arbeitsweisen

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren vom 21.04.2021 wurde unter anderem ein Fragenkatalog durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen erstellt, wem die Verwaltung an dieser Stelle sinngemäß beantworten möchte:

Frage 1:

Wie läuft die Beratung und Begleitung der Hilfesuchenden in der städtischen Fachstelle für Wohnungsnotfälle ab (gerne auch über eine Visualisierung von Arbeitsprozessen und Abläufen von Hilfeangeboten und –gesprächen/ Prozessdiagramme)?

a) Wer stellt wie Kontakt zu weiteren Beratungsangeboten und Trägern her (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Pflegedienste etc.)? Wie erfolgt die Erstellung eines individuellen Hilfeplans (inklusive exemplarischer Darstellung)?

Die Fachstelle stellt – je nach Bedarf – den weiteren benötigten oder gewünschten Kontakt her. Welche Hilfe benötigt wird, stellt sich in einem persönlichen Gespräch heraus. Regelmäßige Kooperationspartner sind die Diakonie (Beratung, Cafe Patchwork etc.), der Allgemeine Soziale Dienst - ASD (z.B. bei Räumungsklagen von Familien usw.), Einzelfallhilfe von Senioren bei der städtischen Fachberatung Senioren und dem Seniorenbeauftragten, sowie dem Sozialpsychiatrischen Dienst beim Gesundheitsamt – SpDi.

Eine allgemeingültige schematische Aufstellung ist aufgrund der Individualität der Einzelfälle nicht möglich. Vielmehr ist eine bedarfsorientierte Beratung und Betreuung - bis hin zur Gefahrenabwehr - anhand der konkreten Umstände durch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle zu prüfen, durchzuführen oder ggfs. eine Weitervermittlung zu veranlassen.

b) Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Wohngeldstelle der Stadt? Werden Anträge von Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, in der Bearbeitung priorisiert?

Es findet keine Zusammenarbeit mit der Wohngeldstelle statt, da die Bereiche keine Berührungspunkte oder Schnittstellen aufweisen.

c) Wie ist die Rückkehr in ein reguläres Mietverhältnis gestaltet (enge Begleitung, Versorgung durch Pflegedienst, Installieren einer Therapie, etc.)

Die betroffenen Personen werden in das eigene städtische Wohnungsvermittlungsprogramm eingetragen und in regelmäßigem Abstand über etwaige bzw. passende Wohnungsangebote informiert. Eine darüberhinausgehende Begleitung durch die Fachstelle findet nicht statt.

d) Wie lange sind Hilfesuchende im Schnitt von den Leistungen der Wohnungsnothilfe abhängig? Erforderlich ist ebenfalls eine Aufschlüsselung darüber, wie lange wie viele Personen von diesen Leistungen abhängig sind und wo diese untergebracht wurden (in absoluten Zahlen).

Die Leistung der Wohnungsnothilfe ist u. a. die wohnungsrechtliche Notunterbringung, welche quantifiziert werden kann. Im Jahr 2020 wurden 29.682 Übernachtungen von 200 Personen in privatrechtlichen Unterkünften (Hotels, Pensionen) verzeichnet. Diese waren mit hin durchschnittlich 148 Tage untergebracht. Für das Jahr 2021 steht die statistische Auswertung noch aus. In den städtischen Notunterkünften fanden im Jahr 2020 4.372 Übernachtungen statt. Hier ist jedoch zu beachten, dass die dort untergebrachten Personen regelmäßig eine überdurchschnittlich lange, teilweise mehrjährige, Verweildauer aufweisen.

Frage 2:

Wie häufig findet aufsuchende Sozialarbeit in den Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetrieben statt? Findet diese in allen Einrichtungen statt? Welche Änderungen sind für die Zukunft vorgesehen?

Aktuell werden die Unterkünfte im Rahmen der Sozialarbeit mindestens einmal wöchentlich aufgesucht. Zusätzlich werden betroffene Personen vor einer Räumungsklage aufgesucht. Teilweise haben private Beherbergungsbetriebe mehrere Mitarbeiter rund um die Uhr vor Ort (Theke/Rezeption).

a) Inwieweit sind die Angebote der Wohnungslosenhilfe und der sozialpsychiatrischen Versorgung miteinander verzahnt?

Grundsätzlich besteht mit dem sozialpsychiatrischem Dienst (SpDi) ein steter Austausch. Schwierige Fälle werden gemeinsam erörtert, Auffälligkeiten werden durch die Fachstelle unmittelbar an den SpDi gemeldet. Diese Vorgehensweise wurde in einer gemeinsamen virtuellen Besprechung im 4. Quartal 2021 nochmals bestätigt. Darüber hinaus existiert ein Arbeitskreis „psychisch krank und wohnungslos“, an dem auch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle teilnimmt.

b) Exakte Aufschlüsselung nach Betreuungs- und Beratungsangeboten für alle Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetriebe.

Betreuungs- und Beratungsangebote werden durch die Fachstelle während der regulären Öffnungszeiten wahrgenommen. I. d. R. sind die untergebrachten Personen angehalten, mo-

natlich bei der Fachstelle vorzusprechen. Diese während der Corona-Pandemie ausgesetzte Praxis wurde mit Beginn des Jahres 2022 wieder aufgenommen. Darüber hinaus bestehen Beratungs- und Betreuungsangebote seitens der unter Frage 4 genannten freien Träger. Eine exakte Aufschlüsselung für alle Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetriebe kann indes nicht gegeben werden, weil sich die Angebote nicht nach Objekten orientieren, sondern nach den Individuen.

Zusätzlich wird die Fachstelle mit Wirkung vom 01.04.2022 durch eine Teilzeitkraft personell verstärkt, um insbesondere die Bereiche „Präventive Wohnhilfe- und Sozialberatung“ (u. a. Kontaktaufnahme bei Kündigungen und Räumungsklagen, Beratungen und Unterstützung zur Sicherstellung sozialer Leistungen) und „Aufsuchende präventive Hilfe“ zu intensivieren.

Frage 3:

Wie viele Haushalte und wie viele Personen sind von Kündigungen, Räumungsklagen und Räumungen betroffen?

Zur Beantwortung dieser Frage muss das gängige Verfahren erläutert werden, das bei Fachstellen für Wohnungsnotfälle grundsätzlich Anwendung findet:

Nicht alle Betroffenen sind darüber informiert, dass sie bei der städtischen Fachstelle Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust erhalten können.

Nach § 36 Abs. 2 SGB II macht das Amtsgericht der Fachstelle für Wohnungsnotfälle eine Mitteilung über Räumungsklagen aufgrund von Mietrückständen, so dass zu den Betroffenen Kontakt aufgenommen werden kann, um eine gemeinsame Lösung zur Verhinderung des Wohnungsverlustes zu finden. In der Regel sind die Betroffenen Leistungsempfänger und es besteht die Möglichkeit zur darlehensweisen Übernahme der Mietrückstände durch den Leistungsträger, so dass der Wohnraum erhalten bleiben kann.

In einzelnen Fällen erreichen die Fachstelle auch verhaltensbedingte Klagen. Je nachdem, wie sich die Fälle gestalten, hat die Fachstelle die Möglichkeit, Rücksprache mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst zu halten. Ein Großteil der Räumungsklagen aufgrund von Eigenbedarf oder mietwidrigem Verhalten werden der Fachstelle jedoch erst bekannt, wenn es zu einem Räumungstermin kommt.

Aus datenschutzrechtlichen Bedenken werden in der Regel keine Mitteilungen über Kündigungen von den Vermietern an die Fachstelle weitergeleitet, so dass erst im Rahmen einer Klage an die Betroffenen herangetreten werden kann. An dieser Stelle besteht Handlungs- und Kommunikationsbedarf mit der Wohnungswirtschaft, um nach Möglichkeit doch und frühzeitig von Kündigungen zu erfahren.

Hier setzen die Stadtteilbüros am Fischbacherberg und am Heidenberg präventiv an, da sie bei den Anwohnern bekannte Anlaufstellen darstellen, die bereits vor einer Abmahnung oder Kündigung Mietrückstände verhindern können.

a) Wie viele Minderjährige sind betroffen? Wie werden betroffene Familien untergebracht?

Im Jahr 2021 waren insgesamt 150 Haushalte mit 171 Kindern von Kündigungen, Räumungsklagen oder Räumungen betroffen.

Von einem Räumungstermin waren im Jahr 2021 insgesamt 32 Kinder aus 18 Haushalten betroffen, einige Familien konnten vor der Räumung neuen Wohnraum beziehen, ein Großteil der Familien ist nach der Räumung vorläufig bei Verwandten untergekommen. Die Wohnungsvermittlung der Fachstelle bietet dann Unterstützung bei der Wohnungssuche an. Darüber hinaus besteht jedoch eine Dunkelziffer an Personen/Haushalten, die keine weitere Unterstützung angefordert haben, so dass die Fachstelle keine Informationen über den weiteren Verbleib hat. In einer städtischen Notwohnung wurden im Jahr 2021 insgesamt acht Familien mit 22 Kindern untergebracht.

Sofern die Mitteilung über den Räumungstermin eines Haushalts mit minderjährigen Kindern durch den Gerichtsvollzieher eingeht, setzt sich die Fachstelle mit dem Jugendamt in Verbindung um eine gemeinsame Lösung zu finden, da die drohende Obdachlosigkeit eine Gefährdung des Kindeswohls darstellt. Die Universitätsstadt Siegen hält zur Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden Notwohnungen in der "Alten Dreisbach" und in der "Stahlstraße" bereit.

Über die Notwendigkeit einer Inobhutnahme (etwa über eine Heimunterbringung oder eine Unterbringung bei Pflegeeltern) der Kinder entscheidet das Jugendamt.

Es besteht zudem eine enge Kooperation mit dem freien Träger ALF. ALF bietet Möglichkeiten zur Versorgung von alleinerziehenden Müttern und deren Kinder an.

b) Bei wie vielen Kündigungen kommt es zu Räumungsklagen und wie viele Räumungen werden tatsächlich vollstreckt?

Da die Fachstelle keine Benachrichtigung über die Kündigung von Wohnraum durch die Vermieter erhält und Betroffene erst nach Benachrichtigung durch das Amtsgericht erreicht werden können, kann hier keine verlässliche Aussage getroffen werden. Es sind Gespräche mit der Wohnungswirtschaft geplant um Maßnahmen zu erarbeiten, die einen besseren Informationsfluss zwischen Wohnungsgenossenschaften und Fachstelle gewährleisten können.

Vollstreckt wurden im Jahr 2021 insgesamt 51 Räumungstermine, wobei 116 Räumungsklagen bei der Fachstelle für Wohnungsnotfälle eingegangen sind.

c) Wie häufig konnte eine Räumung aufgrund der Unterstützungsangebote abgewendet werden?

Die vorliegenden Daten lassen keine Auswertung darüber zu. Sofern ein Räumungsverfahren verhindert wurde, kann dies auch trotz der Unterstützungsangebote aufgrund von Selbsthilfemaßnahmen geschehen sein. Beispielsweise wenn die betroffenen Personen vor einer Räumung eine neue Wohnung gefunden oder eigenständig und erfolgreich Anträge auf eine darlehensweise Übernahme der Mietrückstände bei einem Leistungsträger beantragt haben.

In den Stadtteilbüros besteht die Möglichkeit, durch regelmäßige Kontakte mit den Anwohnern präventiv sehr früh anzusetzen, da bereits Unterstützung bei der Vermeidung von Mietrückständen angeboten werden kann.

Frage 4:

Wie viele freie Träger sind mit welchen Angeboten und in welchem Umfang an der städtischen Wohnungslosenhilfe beteiligt?

Beteiligt ist keiner der freien Träger an der städtischen Fachstelle für Wohnungsnotfälle, es besteht jedoch eine ergänzende Kooperation.

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle arbeitet eng mit der Diakonischen Wohnungslosenhilfe zusammen. Bei der Beratungsstelle erhalten Wohnungslose Angebote zur Existenzsicherung, wie z.B. eine postalische Erreichbarkeit um Leistungen nach SGB II oder XII, also Unterkunftskosten und Hilfe zum Lebensunterhalt zu sichern. Zudem verfügt die Diakonie über ein breites Angebot an Einrichtungen für vorwiegend männliche Wohnungslose, wie beispielsweise Wohngruppen, geschütztes Wohnen, das Bodelschwinghaus, stationäres oder teilstationäres Wohnen und auch ambulant betreutes Wohnen.

Zudem findet ein enger Austausch mit den ALF statt. Mit dem "Projekt Housing First" bietet ALF einen innovativen Ansatz, um wohnungslosen Frauen eigenen, mietvertraglich und dauerhaft abgesicherten Wohnraum zu ermöglichen. Weiterhin besteht die Möglichkeit zur Unterbringung von wohnungslosen Frauen in einer Sozialpension oder einem teilstationären Wohnangebot.

Frage 5:

Zudem wäre eine sozialstrukturelle Aufschlüsselung (Aufschlüsselung nach sozialen Gruppen, Berufstätigkeit, (Netto-) Haushaltseinkommen, Bildungsgrad u. ä.) der Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen wünschenswert.

Eine exakte Aufschlüsselung nach Bildungsstand, Berufstätigkeit oder Haushaltseinkommen, ist nicht möglich. Die Dokumentation der Wohnungslosen erlaubt lediglich eine Unterscheidung zwischen Leistungsempfängern oder Selbstzahlern. In einigen sehr wenigen Fällen verfügen Wohnungslose über eigenes Einkommen.

Die Dokumentation der Wohnungsnotfälle beinhaltet keinerlei soziostrukturelle Angaben.

Allgemein ist natürlich zu beobachten, dass die betroffenen Haushalte meist hochverschuldet sind und über ein geringes Einkommen verfügen. Ca. 90% der von einer Räumung aufgrund von Mietrückständen bedrohten Betroffenen sind Geringverdiener oder Empfänger von Sozialleistungen.

Es gibt durchaus Haushalte, deren einzelne Mitglieder Leistungsansprüche bei unterschiedlichen Leistungsträgern (Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Kinderzuschlag, Kindergeld, SGB II, SGB XII, Unterhaltsvorschuss, etc.) geltend machen müssen um den Lebensunterhalt zu

sichern, so dass die Betroffenen mit der Antragstellung überfordert sind und Leistungen auch wegen der oft sehr langen Bearbeitungsdauer nicht zeitnah gezahlt werden können. Auf diese Weise können Mietrückstände entstehen, die zur Räumungsklage führen.

Studierende oder Personen mit höherem Bildungsgrad sind in der Regel weniger von Wohnungslosigkeit aufgrund von Mietrückständen betroffen oder bedroht. Ausnahmen bestehen wenn beispielsweise eine psychische - oder massive Suchterkrankung vorliegt.

Von verhaltensbedingten Klagen oder Klagen aufgrund von Eigenbedarf können sämtliche sozialen Gruppen betroffen sein.

IV. Erforderliche Rechtsanpassungen

Novellierung bestehender Satzungen

Beide für die Unterbringung maßgeblichen vorhandenen Satzungen – die über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen vom 28.11.2001 und die über die Errichtung, Unterhaltung und gebührenpflichtige Benutzung von Wohngebäuden zur Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Siegen vom 15.12.1998 – sind überarbeitungsbedürftig. Es ist beabsichtigt, diese beiden Satzungen in eine gemeinsame "Unterbringungssatzung" zu überführen. Ein zentraler Baustein soll dabei sein, einheitliche und pauschalisierte Benutzungsgebühren zu erheben. Bemessungsgrundlage für die Höhe der Benutzungsgebühr der Unterkünfte einschließlich der Betriebskosten soll die Nutzfläche und die maximale Belegungskapazität der Unterkünfte sein. Voraussichtlich Anfang 2023 werden sich die Bewirtschaftungskosten der Gebäude für das Jahr 2022 aufzeigen lassen, so dass dann die entsprechenden Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten abschließend eruiert werden können, um anhand dessen die Gebührenkalkulation und die Satzungenovellierung vorzunehmen.

V. Aufstellung des gemeinsamen Unterbringungskonzepts

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen ist festzustellen, dass das bislang gelebte Unterbringungskonzept nicht nur redaktionell anzupassen ist, sondern auch im Rahmen des sich in den Anfängen befindlichen Strategiewechsels überarbeitet werden muss. Hierbei ist nicht nur auf die reine Unterbringung in Zusammenhang mit einer möglichen Gefahrenabwehr hinsichtlich des Personenkreises der Obdachlosen zu achten. Vielmehr ist auch eine begleitende soziale Betreuung im Rahmen einer unmittelbaren Hilfestellung oder Vermittlung zu Fachstellen der verschiedenen Rechtsbereiche zu beachten.

Trotz unterschiedlicher Herausforderungen bezüglich der unterzubringenden und teilweise hilfebedürftigen Menschen, bestehen gleichzeitig erhebliche Schnittstellen zur Betreuung der verschiedenen Personenkreise.

Dies als Grundsatz vorausgesetzt führt zu dem Schluss, dass sich ein Unterbringungskonzept an den aktuellen Begebenheiten orientieren muss, aber anschließend stets fortzuführen und regelmäßigen Anpassungen zu unterwerfen ist.

Bei der Aufstellung des Gesamtkonzepts sind somit folgende Eckpunkte zwingend zu beachten:

- Ausgangssituation
- Betroffene Personenkreise und Anzahl
- Art der Unterbringung
Welche Unterbringung- bzw. Wohnformen sind beabsichtigt?
Zentral oder dezentral
Besondere Wohnformen
- Art der Betreuung
Umfang der präventiven und akuten Betreuung
Einbindung von Ehrenamtlichen
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Kosten
Ermittlung der Bewirtschaftungskosten
Festlegung der Benutzungsgebühren durch Satzung

Während die Ausgangssituation und die betroffenen Personenkreise bekannt sind, stehen die "Art der Unterbringung" und die "Art der Betreuung" in unmittelbarem Zusammenhang und sind teilweise voneinander abhängig.

Der beschlossene Strategiewechsel in der Universitätsstadt Siegen sieht den zunehmenden Erwerb von möglichst dezentral angesiedelten Unterbringungsobjekten vor. Aufgrund der aktuell bestehenden hohen Nachfrage auf dem Immobilienmarkt ist mit einer kurzfristigen Umsetzung des Strategiewechsels nicht zu rechnen. Zwar scheint das Zinsniveau zur Finanzierung grundsätzlich günstig und von Vorteil zu sein. Allerdings muss unabhängig davon eine entsprechende Anschaffung im Verhältnis stehen.

Die Universitätsstadt Siegen ist seit ca. einem Jahr bemüht, in Frage kommende Objekte zu sichten und einen möglichen Erwerb vor dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Teilweise wurden Erwerbsabsichten geäußert, erste Gespräche geführt oder gezielte Kaufangebote unterbreitet, welche bislang aus unterschiedlichen Gründen nicht zu einem Abschluss geführt haben.

Die weitere Entwicklung, insbesondere bezüglich der Frage, welche Objekte konkret zum genannten Zweck erworben werden können, wird die Aufstellung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts, aber auch die Vergabe eines Dienstleistungsvertrags zur Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern maßgeblich beeinflussen. Gleichzeitig scheint jedoch die Entwicklung und Evaluierung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts, welches sich ausschließlich auf die aktuelle Situation bezieht, angesichts des eingeleiteten Strategiewechsels nicht ausreichend und kann den Ansprüchen nicht gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Abt. 5/1 den Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren über die weitere Entwicklung regelmäßig zu informieren und ein entsprechendes Unterbringungskonzept vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Steffen Weiskirch
Abteilungsleiter 5/1

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Wohnen und weitere soziale Leistungen
Bearbeitet von: Patrick Zöller

Siegen, 08.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren **09.03.2022**

Rat **11.05.2022**

Kurzbezeichnung:

Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum öffentlich geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

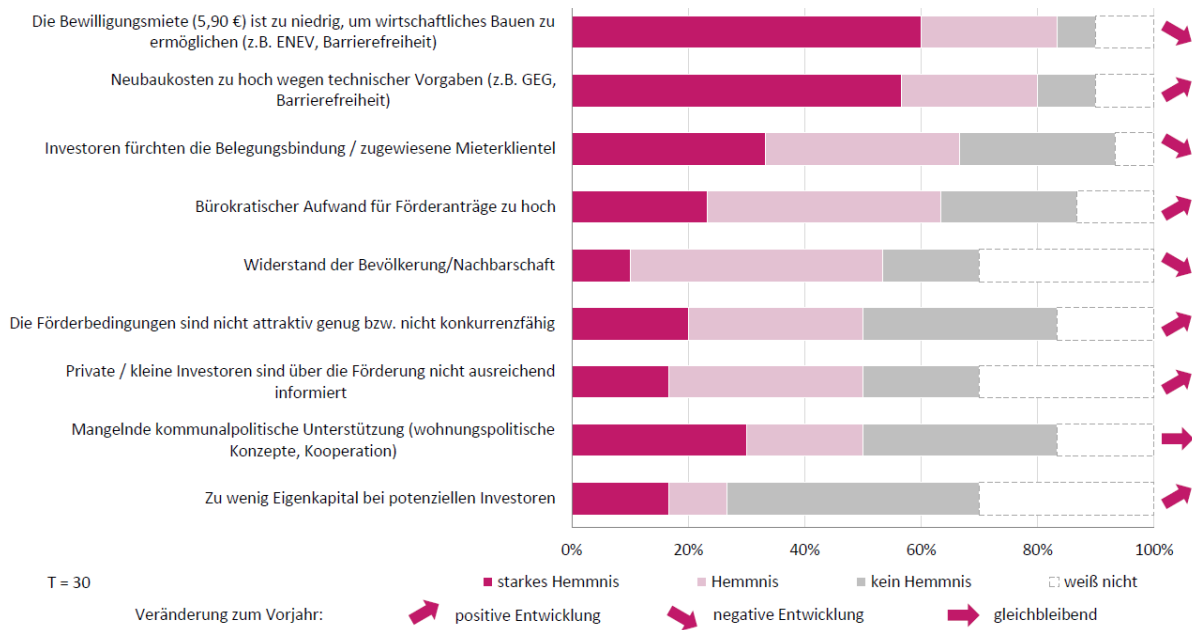
Der Rat der Stadt Siegen hat die Verwaltung in seiner Sitzung am 23.06.2021 beauftragt, einen jährlich zu erstellenden Bericht über den öffentlichen geförderten Wohnungsbau in der Stadt Siegen im 2. Quartal vorzulegen. Zur Thematik wurde zuletzt in der Sitzung des Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren am 26.01.2022 berichtet; auf die entsprechende Niederschrift wird verwiesen.

Aktuelles Zahlenmaterial liefert das Siegener Wohnungsmarkbarometer 2021 sowie Veröffentlichungen der NRW.Bank, deren Ergebnisse in Auszügen wiedergeben werden.

Wohnungsmarkbarometer 2021

Zunächst sei angeführt, dass ein ganz grundsätzlicher und aktueller Eindruck des Siegener Wohnungsmarktes durch das im Dezember 2021 veröffentlichte „Wohnungsmarkbarometer“ vermittelt wird. Die Ergebnisse beruhen auf Fragen, die an 70 Agierende des Siegener Wohnungsmarktes verschickt wurden.

Es ist bereits dort erkennbar, dass der öffentlich geförderte Wohnungsbau gesonderter Aufmerksamkeit bedarf. Über 80 % der Befragten geben an, dass die Bewilligungsmiete zu niedrig ist, um nach den geltenden Vorschriften wirtschaftlich bauen zu können. Interessanterweise gibt aber nur die Hälfte der Befragten an, dass die Förderbedingungen ein Hemmnis darstellen. Immerhin fast zwei Drittel der Teilnehmenden nennt die Belegungsbindung mit der zugewiesenen Mieterklientel als Hemmnis und bemängelt den bürokratischen Aufwand für Förderanträge (S. 8 f.).



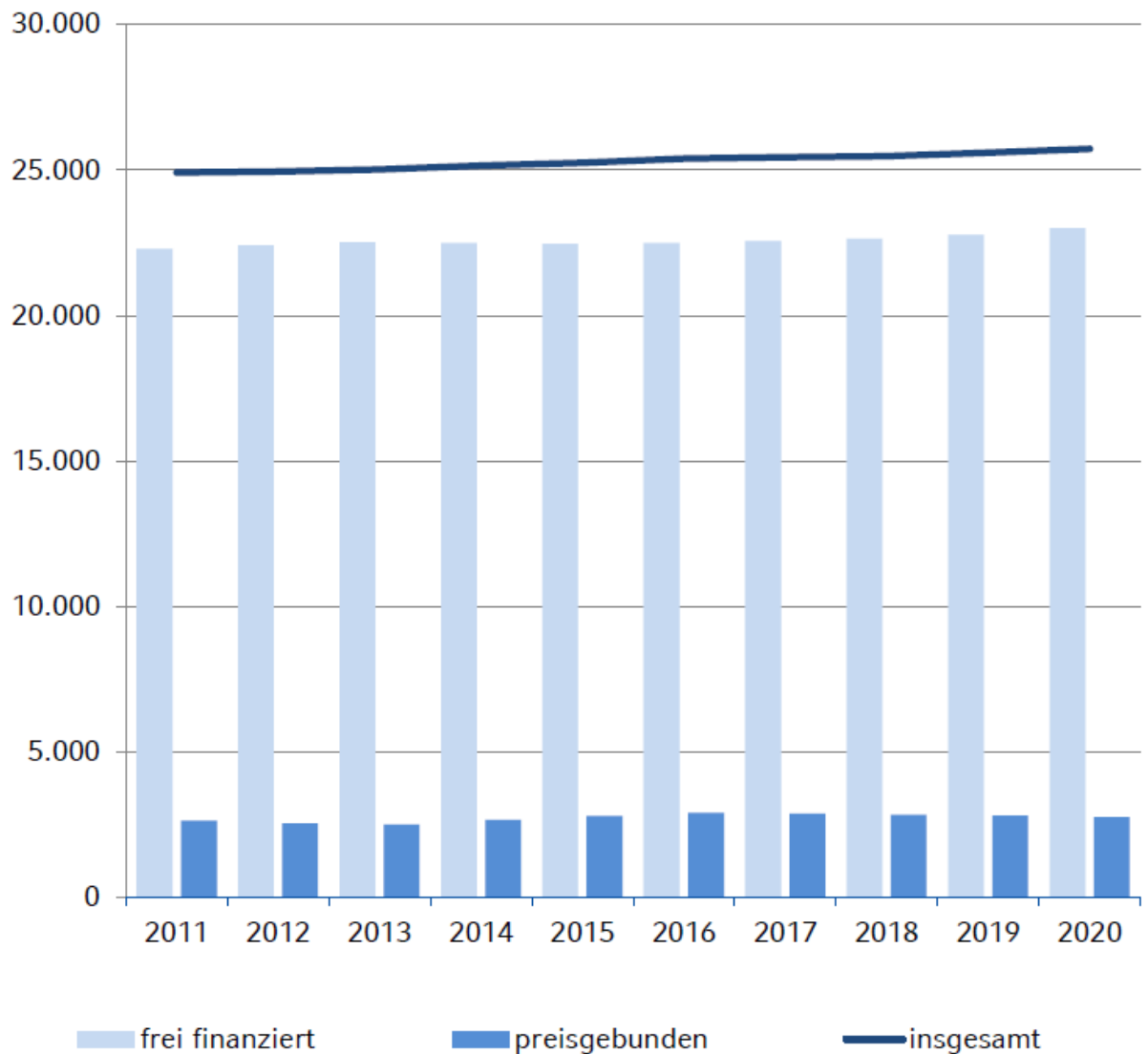
Wohnungsmarktprofil 2021 – Ausgewählte Wohnungsmarkindikatoren

Die Wohnungsmarktbeobachtung NRW bietet für alle 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen Wohnungsmarktprofile an. Die Profile enthalten ausgewählte Indikatoren aus den Themenfeldern Wohnungsbestand, Bautätigkeit, Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Soziales sowie Preise.

- **Anzahl der preisgebundenen und frei finanzierten Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen**

Der preisgebundene Wohnungsbestand umfasst Mietwohnungen, die mit Fördermitteln geschaffen oder modernisiert wurden und die für eine bestimmte Zeitdauer Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

Für die Nutzung der Wohnungen ist ein Wohnberechtigungsschein erforderlich. Alle übrigen Wohnungen werden als frei finanziert bezeichnet (NRW.BANK: Bereich Wohnraumförderung. Wohnungsmarktbeobachtung, Düsseldorf, Dezember 2021, S. 9).



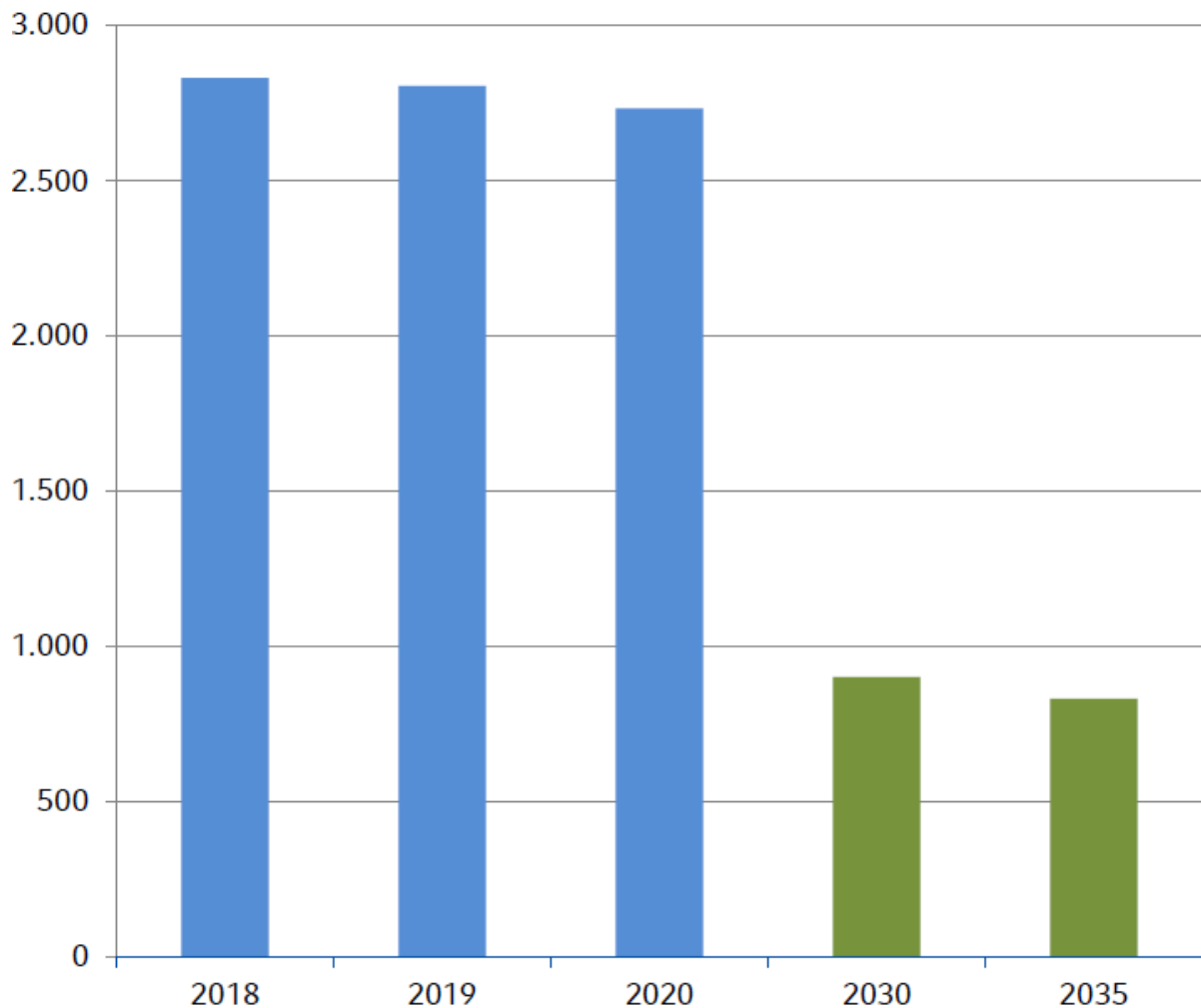
- **Modellrechnung zum preisgebundenen Mietwohnungsbestand (Anzahl Wohnungen ohne Neuförderung)**

Die Entwicklung des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes (Einkommensgruppe A & B) wurde auf Basis der Wohnungsbestandszahlen aus dem Jahr 2020 hochgerechnet. Berücksichtigt wurden außerdem Wohnungen, die bis August 2021 bewilligt wurden.

Grundlage sind die der NRW.BANK bekannten Fristen über den Ablauf der Mietpreis- und Belegungsbindungen der bestehenden Wohnungen.

Vorzeitige Rückzahlungen von Förderdarlehen werden die Bindungsdauer zum Teil verkürzen und dadurch den zukünftigen Rückgang des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes beschleunigen.

Der Indikator berücksichtigt jedoch nicht den Zuwachs durch die zukünftige Förderung. Die neu geförderten preisgebundenen Wohnungen werden die beschriebenen Rückgänge des Bestandes teilweise kompensieren (S. 10).



Demnach werden in Siegen von derzeit 2.646 im Jahr 2035 nur noch 830 Wohnungen übrig bleiben, was einem **Rückgang auf ca. 30 %** entspricht.

Die gem. Ratsbeschluss jährlich zu aktualisierenden Daten („2. Quartalsbericht“) sind nachfolgend aufgeführt.

- **Anzahl öffentlich geförderte Wohnungen in der Stadt Siegen**

2.723 (Stand 31.12.2020, gefördert über NRW.Bank)

2.646 (Stand 31.12.2021, gefördert über NRW.Bank))

zzgl. 307 KEG-Wohnungen, die seinerzeit vom Bund erworben wurden. Hiervon sind mind. 80 % an den Berechtigtenkreis nach § 5 WohnBindG zu vermieten. Dafür hat die Stadt Siegen ein Belegungsrecht. Zu vereinbaren ist die ortsübliche Vergleichsmiete.

- **Anzahl seniorengerechter/barrierefreier/rollstuhlgeeigneter Wohnungen davon in der Stadt Siegen**

166 Wohnungen gelten als altengerechte, seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen bzw. als Wohnung für psychisch beeinträchtigte Menschen

- davon gelten 68 Wohnungen nicht mehr als Altenwohnungen (Zweckbindungsende) und müssen dementsprechend nicht mehr altersgerecht belegt werden
- 25 Wohnungen gelten als behindertengerecht (Bethel-Einrichtung)

- **Dauer der Restbindungszeiten**

Die Restbindungszeit ist abhängig davon, wann das jeweilige Objekt gefördert und welcher Zweckbindungszeitraum gewählt wurde. Objekte, die vor 2002 gefördert wurden, bleiben bis zur vollständigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel in der Bindung. Hier besteht jedoch die Möglichkeit, das Bindungsende durch eine vorzeitige vollständige Rückzahlung der öffentlichen Mittel zu verkürzen. Die „Nachwirkungsfrist“ beträgt in diesem Fall in der Regel 10 Jahre (jeweils zum 31.12.).

Bei Förderungen ab 2002 kann der Zeitraum der Zweckbindung von 15, 25 und 30 Jahren gewählt werden. Eine vorzeitige vollständige Rückzahlung der öffentlichen Mittel verkürzt das Ende der Zweckbindung nicht.

Aus der folgenden Übersicht kann entnommen werden, wie viele Wohnungen bis 2030 aus der Belegungsbindung fallen:

2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
43	352	351	206	201	309	129	29	63

- **Anbieter von gefördertem Wohnraum**

Es handelt sich hauptsächlich um Wohnungsbaugenossenschaften und private (Wohnungs-)Bauunternehmen, sowie wohlfahrtsverbandliche Organisationen wie z. B. Bethel e.V., Arbeiterwohlfahrt und Diakonie.

- **Anzahl der Wohnberechtigungsscheine**

Jahr	gesamt ausgestellte WBS	davon gez. WBS	davon über 60- jährige	davon allg. WBS NRW	öffentlich geförderte Wohnungen
2019	242	207	34	35	2.747
2020	238	209	37	29	2.723
2021	245	176	30	69	2.646

- **Anzahl der im letzten Kalenderjahr öffentlich gefördert neu entstandenen Wohnungen**

1 (12 WE) (Stand 31.12.2021)

- **Summe der abgerufenen Fördermittel**

560.000,00 €

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. A.

gez.

André Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	mehrere Fraktionen
Eingang	24.02.2022
Federführend	GB 4/ Abt. 4/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Betreff:

Vorbereitung eines "Runden Tisches" der Universitätsstadt Siegen zur Wohnungsmarktsituation
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ UWG/ Volt/ GfS/FDP/ Die Linke

Kopien erledigt

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Rathaus, Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
24. Feb. 2022	
GB 4	PR
Abt. 415	INSTITUTE

511

Siegen, 22.02.2022

Antrag gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten des Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen

Vorbereitung eines „Runden Tisches“ der Universitätsstadt Siegen zur Wohnungsmarktsituation

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, UWG, FDP, Volt, Gemeinsam für Siegen und Die Linke im Rat der Stadt Siegen beantragen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das 4. Quartal 2022 einen „Runden Tisch“ zu dem wichtigen Thema der Wohnungsmarktsituation vorzubereiten, zu dem alle relevanten Akteure vor Ort - z.B. Wohnungsgenossenschaften, Studierendenwerk, Wohnungsbauunternehmen - und Vertreter der Fördergeber von Land und Bund eingeladen werden. Ziel des Runden Tisches ist u.a. die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Begründung:

Im Jahr 2019 galten 25,3 Prozent aller Mieterhaushalte in Deutschland als armutsgefährdet. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Durch die Corona-Krise seit Anfang 2020 dürfte sich die Armutsgefährdung sowohl bei Mietern als auch Eigentümern noch verschärft haben.

Aber nicht nur die Folgen der Corona-Pandemie, sondern vor allem auch das Projekt „Uni (kommt) in die Stadt“ haben die Situation auf dem Wohnungsmarkt – besonders im Hinblick auf günstigen Wohnraum - in der Universitätsstadt Siegen im Bereich der Innenstadt deutlich verändert. Insbesondere „Uni (kommt) in die Stadt“ erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt und günstigen Wohnraum in der Siegener Innenstadt erheblich.

Wegen den deshalb steigenden Mieten können es sich viele – vor allem viele sozial schwächere – Menschen nicht mehr leisten, in Siegen zu wohnen. Damit die Universitätsstadt Siegen bunt und vielfältig bleibt, muss es sich jeder leisten können, hier zu wohnen – Studierende und Auszubildende, junge Familien, Langzeitarbeitslose, Alleinstehende und Senior*innen.

Deshalb ist dringender Handlungsbedarf geboten. Besonders auch im Hinblick auf Neubaugebiete in der Universitätsstadt Siegen müssen im Rahmen eines „Runden Tisches“ gemeinsam Lösungen erarbeitet werden, um den sozialen Wohnungsbau in der Universitätsstadt Siegen besser zu organisieren und zu koordinieren.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Groß
Vorsitzender der
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Hans-Günter Bertelmann
Vorsitzender der
UWG-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Christian Sondermann
Vorsitzender der
Fraktion Gemeinsam für Siegen
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Klaus Volker Walter
Vorsitzender der
FDP-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Henning Klein
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Samuel Wittenburg
Vorsitzender der
Volt-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: V
Bereich: Stabsstelle Beiräte und Beauftragte
Bearbeitet von: Volker Reichmann

Siegen, 20.01.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Seniorenbeirat	25.01.2022
-----------------------	-------------------

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren	09.03.2022
--	-------------------

Kurzbezeichnung:

**Neuwahl des Seniorenbeirates 2022;
Ablaufplan**

Beschlussvorschlag:

Der Seniorenbeirat und der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Stadt Siegen nehmen den vorgesehenen Ablaufplan der Seniorenbeiratswahl 2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Turnusgemäß wird der Seniorenbeirat der Stadt Siegen im Jahr 2022 neu gewählt. Entsprechend der vom Rat am 17.04.2007 beschlossenen Wahlordnung sowie nach § 8 der Hauptsatzung der Stadt Siegen wird folgendes Verfahren für die Wahl des Seniorenbeirates festgelegt:

21.03.2022 Meldefrist Hauptwohnsitz – Erstellung des Wählerverzeichnisses

08.04.2022 Bekanntgabe des Wahltermins und Aufforderung zur Kandidatur

08.04.2022 – Aufforderung an Organisationen, Verbände etc. zur Kandidatenfindung
22.04.2022

08.04.2022 – Berufung der sechs Wahlvorstände
02.05.2022 Konstituierung des Wahlausschusses

- 22.04.2022 Fristende für Einreichung Wahlvorschläge
- 02.05.2022 spätestster Termin für die Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschläge
- 03.05.2022 Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge
- 09.05.2022 – Zusendung der Wahlunterlagen
06.06.2022
- 07.06.2022 – Auslegung des Wählerverzeichnisses
13.06.2022
- 20.06.2022 Letzter Tag (Frist) zum Eingang der Wahlbriefe
- 21.06.2022 Tag der Ergebnisermittlung
- 22.06.2022 Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Seniorenbeiratswahl 2022
- 09.08.2022 Konstituierende Sitzung des neu gewählten Seniorenbeirates

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Wohnen und weitere soziale Leistungen
Bearbeitet von: Patrick Zöller

Siegen, 08.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Kurzbezeichnung:

Förderung der sonstigen sozialen Vereine und Verbände 2022

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt – vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltes – die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Sachverhalt / Begründung:

Als Berechnungsgrundlage für die Mittelverteilung dienen die Richtlinien über die Förderung der „sonstigen sozialen Vereine und Verbände“ der Universitätsstadt Siegen. Die Vereine und Verbände, die die Grundvoraussetzungen dieser Richtlinien erfüllen und entsprechende Anträge fristgerecht eingereicht haben, werden unterteilt in die Kategorien I und II.

Kategorie I umfasst soziale Vereine und Verbände, die sich als Selbsthilfegruppen in erster Linie den durch Krankheit, Behinderung oder anderen sozialen Gründen benachteiligten Mitgliedern annehmen.

Kategorie II beinhaltet soziale Vereine und Verbände, die überwiegend als Beratungsstellen Aufgaben für sozial Benachteiligte wahrnehmen und hierfür über haupt- und/oder nebenamtliche Geschäftsstellen verfügen.

Nach den für das Jahr 2022 eingereichten Anträgen ergibt sich folgende Zuschussverteilung:

Kategorie I	Zuschusshöhe
Alzheimer Gesellschaft Siegen e. V.	563,00 €
Bezirksverein der Kehlkopferoperierten e.V.	768,00 €
Blaues Kreuz Deutschland e.V. Stadtverband Siegen	1.279,00 €
Club für Behinderte und ihre Freunde Siegen e.V.	1.279,00 €
Kreuzbund e.V. Gruppe Siegen	410,00 €
Prostatatrebs Selbsthilfegruppe Siegen	410,00 €
Psychosoziale Unterstützung e.V.	563,00 €
Gehörlosen Sport- und Kulturclub Siegen-Wittgenstein 1982 e.V.	563,00 €
Zuschusssumme Kategorie I	5.835,00 €

Kategorie II	Zuschusshöhe
Lernen Fördern – Ortsverein zur Förderung der Schüler der Pestalozzischule Siegen e.V.	487,00 €
Schwule Initiative Siegen e.V.	487,00 €
Sozialverband VdK e. V. Kreisverband Siegen-Olpe-Wittgenstein	1.151,00 €
Zuschusshöhe Kategorie II	2.125,00 €

Gesamtsumme Zuschüsse Kategorie I 2022	5.835,00 €
Gesamtsumme Zuschüsse Kategorie II 2022	2.125,00 €
Gesamthöhe Zuschüsse Kategorie I & II 2022	7.960,00 €

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
7.960,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 7.960,00 €	Kostenträger/ Investitionscode A050103010 Sachkonto 5318800
--	---	-------------------------------	---	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

i. A.

gez.

Steffen Weiskirch
 Abteilungsleiter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Wohnen und weitere soziale Leistungen
Bearbeitet von: Patrick Zöller

Siegen, 22.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

09.03.2022

Kurzbezeichnung:

Förderung von Angeboten zur Verbesserung der Lebenssituation armutsgefährdeter und bedürftiger Menschen in Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt – vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltes – die Verteilung der Zuschussmittel gemäß Verwaltungsvorlage.

Sachverhalt / Begründung:

Die Richtlinie zu der o. g. Förderung ist im Ortsrecht der Universitätsstadt Siegen unter Ziffer 90.501 veröffentlicht. Die in Frage kommenden freien Träger und gemeinnützigen Organisationen in Siegen wurden gebeten, bis 31.10.2021 einen Antrag auf Förderung gemäß der am 09.01.2019 in Kraft getretenen Richtlinie für das Jahr 2022 zu stellen.

Dieser Aufforderung sind mit einer entsprechenden Nachfrist fünf Antragsteller form- und fristgerecht gefolgt.

Für die Angebote im Sozialbereich, die im Stadtgebiet zur Verbesserung der Lebenssituation armutsgefährdeter und bedürftiger Menschen beitragen sollen, wurde ein Haushaltsansatz i. H. v. 120.000 € gebildet.

Die Bezuschussung für das Jahr 2022 wurde unter Beachtung der Förderkriterien wie nachfolgend berechnet:

	Tages- sätze	Zuschuss	Erweiterte Tagessätze	Zuschuss	Zuschuss gesamt	Zuschuss auf volle € gerundet
Höhe Tagessätze	67,72 €		82,19 €			
Ev. Ref. Kirchengemeinde Klafeld „Klafelder Mittags- tisch“	26	1.760,72 €			1.760,72 €	1.761,00 €
Diakonie Soziale Dienste „Café Patchwork“	365	24.717,83 €	365	30.000,00 €	54.717,83 €	54.718,00 €
Qualifizierungs- und Wei- terbildungsgesellschaft des Heimatvereins Achenbach „Sozial-Café Net(t)werk“	391	26.478,56 €	365	30.000,00 €	56.478,56 €	56.479,00 €
Caritasverband Siegen- Wittgenstein e. V. Mittags- tisch „Guten Appetit“	78	5.282,17 €			5.282,17 €	5.282,00 €
Calvary Chapel Siegen e. V. „House of Hope“	26	1.760,72 €			1.760,72 €	1.761,00 €
Summe	886	60.000,00 €	730	60.000,00 €	120.000,00 €	120.001,00 €

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
120.000 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
	2022		120.000 €	10010100 Sachkonto 5318000

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ - Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Hand- lungsoptionen?
---------------	---	---	--

<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Steffen Weiskirch
 Abteilungsleiter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Zuschüsse 2022- GB 5 Universitätsstadt Siegen

Förderung von Angeboten zur Verbesserung der Lebenssituation armutsgefährdeter und bedürftiger Menschen in Siegen im Jahr 2022 (Haushaltsmitteleinsatz 120.000,00 €)

	Tagessätze	Zuschuss	Erweiterte Tagessätze	Zuschuss	Zuschuss gesamt	Zuschuss auf volle € gerundet
Höhe Tagessätze	69,77 €		82,19 €			
Ev. Ref. Kirchengemeinde Klafeld „Klafelder Mittagstisch“	26	1.813,95 €			1.813,95 €	1.814,00 €
Diakonie Soziale Dienste „Café Patchwork“	365	25.465,12 €	365	30.000,00 €	55.465,12 €	55.465,00 €
Qualifizierungs- und Weiterbildungsgesellschaft des Heimatvereins Achenbach „Sozial-Café Net(t)werk“	365	25.465,12 €	365	30.000,00 €	55.465,12 €	55.465,00 €
Caritasverband Siegen-Wittgenstein e. V. Mittagstisch „Guten Appetit“	78	5.441,86 €			5.441,86 €	5.442,00 €
Calvary Chapel Siegen e. V. „House of Hope“	26	1.813,95 €			1.813,95 €	1.814,00 €
Summe	860	60.000,00 €	730	60.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5 Siegen, 18.03.2022
Bereich: Stabsstelle Sozial-, Jugendhilfe- und Bildungsplanung
Bearbeitet von: Frau Rohde

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren 09.03.2022

Jugendhilfeausschuss 10.03.2022

Kurzbezeichnung:

Freiwillige Förderung von Projekten im Sozial- und Jugendhilfebereich im Jahr 2022

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließen vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltsatzung die freiwillige Förderung von Projekten im Sozial- und Jugendhilfebereich für das Jahr 2022 gemäß den entsprechenden Richtlinien (Ordnungsziffer 90.513).

Sachverhalt / Begründung:

Für den Bereich der individuellen Förderungen stehen über die beiden zuständigen Fachausschüsse für die freiwillige Förderung von Projekten insgesamt Mittel in Höhe von 32.300 € zur Verfügung (Kostenträger/Investitionscode A060101001, Sachkonto 5318800).

Auf dieses Budget sind vier Anträge auf freiwillige Förderungen von Projekten über die entsprechenden Richtlinien (Ordnungsziffer 90.513) in Höhe von insgesamt 23.808,44 € fristgerecht für das Jahr 2022 eingegangen.

1. Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe

Projekttitel	AWO KULTUR: live – Kultur für alle
Zielgruppen	Personen aller Altersgruppen, die aufgrund ihres eingeschränkten finanziellen Budgets nicht in der Lage sind, Eintrittskarten zu verschiedenen kulturellen Veranstaltungen (z. B. Theater, Konzerte, Lesungen, Kino) käuflich zu erwerben. Zielgruppe sind dabei insbesondere Personen, die von der Tafel unterstützt werden, Inhaber des Siegener Ausweises sind oder staatliche

	Transferleistungen erhalten. Die Kulturgäste wohnen überwiegend im Siegener Stadtgebiet (ca. 60 % aller bei Kultur: live registrierten Gäste wohnen in der Universitätsstadt Siegen).
Dauer	Das Projekt soll im gesamten Jahr 2022 durchgeführt werden. Die Vermittlung der Freikarten durch Ehrenamtliche erfolgt 2 x pro Woche jeweils 4 Stunden. Aktuell unterstützen 47 Sozialpartner und 53 Kulturpartner das Projekt.
Ziele	Vermittlung von Freikarten an 60 BürgerInnen der Universitätsstadt Siegen. Jeder Gast soll im Fall der Vermittlung 2 Tickets erhalten. 90 Veranstaltungen/Freizeitaktivitäten stehen zur Auswahl.
Gesamtkosten	8.029,30 € (Eigenanteil 1.605,86 € / 6.423,44 € städtische Förderung)

2. Katholisches Jugendwerk Förderband Siegen-Wittgenstein e.V.

Projekttitel	SI-STERS 2022
Zielgruppen	Mädchen aus der Stadt Siegen im Alter von 15 Jahren bis zum Besuch des letzten Schuljahres, die Probleme in ihrer bestehenden Lebenssituation haben.
Ziele	Die Teilnehmerinnen lernen Angebote im sozialen Nahraum kennen und können sich besser in ihm orientieren. Sie setzen sich mit Rollenbildern in einer Gesellschaft auseinander. Die Teilnehmerinnen nehmen am Bewerbertraining während des Projektes teil. Sie vernetzen sich über Schulgrenzen hinweg und gewinnen Vertrauen in die eigenen Stärken und Schwächen.
Gesamtkosten	7.125,00 € (Eigenanteil 1.425,00 € / 5.700,00 € städtische Förderung)

3. Caritasverband Siegen-Wittgenstein

Projekttitel	Elternmigrationsarbeit / 2. Argumentationstraining gegen Parolen
Zielgruppen	Eltern mit Migrationshintergrund von Kita-Kindern / Haupt- und Ehrenamtliche im interkulturellen Bereich
Dauer	Elternmigrationsarbeit: 4teilige Kursreihe, jeweils 1,5 Stunden (je nach Bedarf kann eine 5. und 6. Einheit angehängt werden) Das „Argumentationstraining gegen Parolen“ wird einmalig angeboten. Die Dauer des Trainings wird ca. 4-5 Stunden betragen.
Ziele	Das Projekt „Spielend Sprache lernen“ im Rahmen der Elternmigrationsarbeit zielt auf eine Verbesserung der Kooperation und Kommunikation zwischen Elternhaus und Institution ab; es soll zur Stärkung der Erziehungskompetenz beitragen / Stammtischparolen argumentativ, selbstsicher und angemessen begegnen.
Gesamtkosten	5.282,00 € (Eigenanteil 1.047,00€ / 4.185,00 € städtische Förderung)

4. BRÜCKE Siegen e. V.

Projekttitel	Training zur Vermeidung Häuslicher Gewalt (TVHG)- Täterarbeit
Zielgruppen	Erwachsene Männer, die ihre (Ex-) Partnerin physisch oder psychisch schädigen/geschädigt haben im Alter von 18 bis 60 Jahren.
Dauer	Zusammensetzung aus Einzel- und Gruppensitzungen, Gruppensitzungen finden 1 x wöchentlich statt. Pro Teilnehmer sind mindestens 50 Stunden Gruppensitzungen zzgl. Einzelsitzungen vorgesehen. Die durchschnittliche Dauer des Trainings beträgt 9 Monate.
Ziele	Ziel des Projektes ist die Beendigung gewalttätigen Verhaltens durch Reflexion des bisherigen schädigenden Verhaltens und das Erlernen gewaltfreier Reaktionsmuster. Außerdem sollen die eigenen sozialen Kompetenzen der Teilnehmer gefördert werden, um eigene Risikofaktoren zu erkennen, die Selbstwahrnehmung und Selbstkontrolle zu verbessern, Empathie- und Beziehungsfähigkeit auszubauen und Verantwortung für das eigene Verhalten zu übernehmen.
Gesamtkosten	76.501,37 € (Eigenanteil 69.001,37€ / 7.500,00 € städtische Förderung)

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
23.808,44 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
	2022		32.300 €	A060101001
				Sachkonto 5318800

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

André Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.